

Anträge

Inhaltsverzeichnis

S 1	Satzungsänderung I	2
S 2	Satzungsänderung II	4
S 3	Satzungsänderung III	6
S 2 - 1	Änderungsantrag zu S 2	7
S 3 - 1	Änderungsantrag zu S 3	8
R 1	Änderung der Beitragsordnung	9
R 1	Änderungsantrag zu R 1	10
ÄA 1		
L 1	Mehr europäischer Zusammenhalt und Integration sind kein Widerspruch!	11
P 1	Klima schützen, Energiesteuer einführen	16
P 2	Europäischen Mindestlohn einführen!	18
P 3	Europäischen Flugverkehr regulieren im Sinne der Umwelt	20
P 4	Spitzenkandidatenprinzip I – Situationsbewertung und Forderung	22
P 5	Dieser Luxus kotzt uns an – Für eine Senkung der Mehrwertsteuer für Damenhygieneprodukte auf 0 %	23
P 6	Europa bewegen – Grenzübergreifend zusammenarbeiten!	27
P 7	Stärkung und Förderung der europäischen Forschungslandschaft	32
P 8	Für ein europäisches Visum	34
P 9	Für eine europäische Medienplattform	36
P 10	Eindämmen des Nitratimports	38
P 11	Klare Position beziehen zur Demokratiebewegung in Hongkong	39
P 12	Für einen Europäischen Rundfunk!	40
O 1	Stärkung der europapolitischen Bildungsarbeit der JEF Deutschland	42
O 2	Spitzenkandidatenprinzip II – Strategisches Vorgehen und Rückfallpositionen	45
E 1	Stellungnahme zur brasilianischen Regenwaldpolitik im Zusammenhang mit dem EU-Mercosur Freihandels- und Assoziierungsabkommen	47

Antrag S 1: Satzungsänderung I

Laufende Nummer: 18

Antragsteller/in:	Bundesausschuss (Bundesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.1 Satzungsänderungen

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 • Füge in § 20 Abs. 2 Satz 5 (neu) hinzu: "Der*die Delegierte soll bestenfalls kein
2 weiteres Amt im Landesverband innehaben."
- 3 • Füge in § 20 Abs. 3 (neu) hinzu und nenne die folgende Absätze jeweils um eine Ziffer
4 nach hinten um: „Der Bundesausschuss soll, auf Vorschlag seines Präsidiums und des
5 verabschiedeten Arbeitsprogramms, Arbeitsgemeinschaften bilden. Die jeweils zweiten
6 Delegierten der Landesverbände sollen zu Beginn eines Arbeitsjahres, auf der Sitzung
7 des Bundesausschusses, auf der auch die Wahl des Präsidiums erfolgt, erklären, in
8 welchem Themenbereich oder eingerichteten Arbeitsgruppe sie mitwirken möchten.“
- 9 • Füge in § 22 Abs. 4 Satz 4 (neu) hinzu: „Der vorschlagende Landesverband konsultiert
10 vorab den*die Bundessekretär*in des Bundesverbands, um bestmöglich einen
11 gemeinsamen
Vorschlag zu erreichen.“

Begründung

Als Bundesvorstand nehmen wir die Gremienverteilung sehr ernst und sind uns bewusst, dass der Bundesausschuss ein Mitwirkungsorgan der Landesverbände im Bundesverband sowie ein Kontrollorgan des Bundesvorstands ist. Es ist nicht unsere Absicht - beispielsweise durch eine Koordinierung des BA-Präsidiums mit dem Bundesvorstand - unverhältnismäßigen Einfluss zu nehmen, sondern eine bessere Koordinierung und vor allem auch stärkere Stimme der Landes- und Kreisverbände im Bundesverband zu erreichen und eine stärkere Mitwirkung, sofern gewünscht (was wir sehr hoffen und auch aus den vergangenen Diskussionen zum Bundesausschuss mitnehmen), strukturell und personell zu ermöglichen. Der BA ist das coolste Gremium der JEF Deutschland, weil es unseren föderalen Charakter am besten zum Ausdruck bringt und die Schnittstelle aller Ebenen ist. Wir wollen unbedingt unseren Beitrag dazu leisten, hier ein effektives Gremium zu haben. Wir wollen mit diesem und den folgenden Anträgen, die die Diskussion um die Weiterentwicklung des Bundesausschusses seit Mai 2018 auf einige wesentliche Teile zusammenfassen, vor allem eine Diskussion um die Weiterentwicklung des Bundesausschusses auf dem Bundeskongress anstoßen und konkret fassen. Auf dem Bundesausschuss in Göttingen wurde lange über die Rolle des zweiten Delegierten besprochen. Dabei bestand insgesamt Einigkeit, dass viele Aktive in den Landesverbänden mit einem Landesvorstandamt und einem Mandat im BA gut, wenn nicht so gar zu gut, ausgelastet sind. Das führe zu niedrigerer Aktivität des BA insgesamt. Dieser Vorschlag soll

dem Rechnung tragen und gleichzeitig in die Richtung arbeiten, die 2. Delegierter stärker als BA-Mitglieder zu sehen. Daher ist auch eingefügt, dass diese 2. Delegierten sich zu Beginn der ersten Sitzung eines neuen BAs Gedanken über ihr Lieblingsthemenfeld machen und bereits erklären, in welchem Bereich (auf Grundlage des Arbeitsprogramms) sie mitwirken wollen. Die Hoheit der Landesverbände über das Personal (und die letztliche Entscheidung, ob sich solche 2. Delegierten überhaupt finden lassen oder das individuell im jeweiligen Landesverband gewünscht ist) bleibt dabei, insbesondere da es sich nur um eine Soll-Bestimmung, handelt, natürlich unangetastet. Letzteres ist uns als Bundesvorstand auch sehr wichtig.

Antrag S 2: Satzungsänderung II

Laufende Nummer: 19

Antragsteller/in:	Bundesausschuss (Bundesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.1 Satzungsänderungen

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 • Füge in § 19 Abs. 1 Satz 3 (neu) hinzu: Der Bundesausschuss ist das höchste
2 beschlussfassende Gremium zwischen den Bundeskongressen.
- 3 • Streiche in § 19 Abs. 2 Satz 2 (alt) ("Der Bundesausschuss ist das höchste [...]")
4 ersatzlos.
- 5 • Füge in § 19 Abs. 2 Satz 2 (neu) hinzu: „Der Bundesausschuss wirkt hiermit,
6 insbesondere durch sein Präsidium und den jeweils zweiten Landesverbandsdelegierten,
7 an der Verbandsleitung auf Bundesebene mit.“
- 8 • Füge in § 19 Abs. 7 (neu) hinzu: „Der Bundesausschuss diskutiert auf seiner Sitzung,
9 auf der auch die Wahl seines Präsidiums erfolgt, ein Arbeitsprogramm für das kommende
10 Jahr sowie die Einrichtung von Arbeitsgruppen für dieses Jahr. Ein entsprechender
11 Vorschlag wird durch das BA-Präsidium mit seiner Kandidatur vorgelegt. Dieser soll
12 auf der ersten Sitzung und muss spätestens auf der zweiten Sitzung des
13 Bundesausschusses verabschiedet werden. Das Arbeitsprogramm und der Vorschlag zu den
14
15 ständigen Arbeitsgruppen sollen bestenfalls mit dem Arbeitsschwerpunkten des
16 Bundesvorstands übereinstimmen. Dazu konsultiert das vorherige Präsidium in
17 Zusammenarbeit mit den Kandidat*innen für das neue Präsidium den*die
Bundesvorsitzende*n und Bundessekretär*in vorab.“

Begründung

Es bestand in den Diskussionen zur Weiterentwicklung des Bundesausschusses der Wunsch, dass nicht nur von Sitzung zu Sitzung gearbeitet würde, sondern es einen umfassenden Plan über mehrere Bundesausschüsse hinweg geben sollte. Der Vorschlag, dass über ein Arbeitsprogramm diskutiert werden soll, dass die Arbeit des Bundesausschusses über ein Jahr hinweg umreißt, soll dem Rechnung tragen. Es handelt sich hier ebenfalls um eine „Soll-Bestimmung“. Nach unserem Dafürhalten macht es Sinn, das Arbeitsprogramm wie auch die eventuelle (!) Einrichtung korrespondierender Arbeitsgruppen in die Hände des BA-Präsidiums zu legen. Der Bundesvorstand möchte sich nicht anmaßen, bei diesem Programm mitzureden oder Arbeitsgruppen des BA zu bestimmen. Wir nehmen hier die Rolle des BA als Kontroll- wie auch als Mitwirkungsorgan sehr ernst. Dennoch macht es aus unserer Sicht natürlich Sinn, wenn Arbeitsgruppen, die der BA gegebenenfalls auf Grundlage des Arbeitsprogramms als nötig

erachtet, mit dem Bundesvorstand besprochen werden. Daher ist ein Mechanismus der Vorab-Abstimmung eingebaut, ohne dass der Bundesvorstand zu viel Mitwirkungsmöglichkeiten erhält. Es ist eingefügt, dass die Kandidat*innen zum BA-Präsidium, die auf Vorschlag der jeweils turnusgemäß bestimmten Landesverbände gewählt werden, sich dieses Arbeitsprogramm überlegen. Bitte beachtet, dass es sich hier ebenfalls um eine „Soll“-Bestimmung handelt. Es wäre nicht unsere Absicht, hier ein umfassendes Programm zu meinen. Wir denken hierbei eher an das auf den vorigen BAs Diskutierte und daran, dass sich das BA-Präsidium zur Wahl mit einer Idee für die Arbeit des Bundessausschusses über das Jahr hinweg bewirbt.

Antrag S 3: Satzungsänderung III

Laufende Nummer: 20

Antragsteller/in:	Bundeschvorstand (Bundesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.1 Satzungsänderungen

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Füge in § 47 Satz 1 hinzu: "[...] beträgt zwei Jahre; mit Ausnahme der Beisitzenden im
- 2 Bundesvorstand, deren Amtsdauer ein (1) Jahr beträgt.

Begründung

Die Lebensrealität der meisten jungen Menschen hat sich verändert. Nur noch wenige können ihre Lebensplanung auf zwei Jahre absehen. Der Erfahrung der letzten Jahre nach hindert dies viele Interessierte oft daran, ein Amt im Bundesvorstand anzunehmen. Mit der Verkürzung auf ein (1) Jahr soll dem Rechnung getragen werden. Die Verkürzung soll dazu dienen, die Hemmschwelle für ein Engagement im Bundesvorstand zu verringern und damit Engagement im Bundesverband attraktiver zu machen. Gleichzeitig soll es Aufgabe des Bundesvorstands und des Bundesausschusses sowie der Landesvorstände sein, Mitglieder der JEF motivierend zu ermuntern, sich auch mit einem zweiten Jahr Amtszeit zu beschäftigen.

Antrag S 2 - 1: Änderungsantrag zu S 2

Laufende Nummer: 21 • Änderungsantrag zu S 2

Antragsteller/in:	JEF NRW (Landesverband), JEF Niedersachsen (Landesverband), JEF Baden-Württemberg (Landesverband), JEF Hamburg (Landesverband), JEF Schleswig-Holstein (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.1 Satzungsänderungen

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Streiche die Zeilen 5 bis 17 ersatzlos.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag S 3 - 1: Änderungsantrag zu S 3

Laufende Nummer: 22 • Änderungsantrag zu S 3

Antragsteller/in:	JEF NRW (Landesverband), JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.1 Satzungsänderungen

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Ersetze in den Zeilen 1 und 2 „der Beisitzenden im Bundesvorstand“ durch „der Mitglieder
- 2 des Bundesvorstands“

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag R 1: Änderung der Beitragsordnung

Laufende Nummer: 17

Antragsteller/in:	Bundeschvorstand (Bundesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.2 Änderungen von Verbandsordnungen

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Füge in § 2 Abs. 2 Satz 2 hinzu: "Die Mitgliedermeldung [...] Vor- und Nachnamen,
- 2 Anschriften und Geburtstage der Mitglieder sowie E-Mail-Adressen hervorgehen.

Begründung

E-Mail ist das zeitgemäße Kommunikationsmittel und dient online auch zur Identifikation mehr und mehr als Ersatz der postalischen Adresse. Der Bundesverband soll zudem in der Lage sein, die Mitglieder kostengünstig, effizient und möglichst schnell zu erreichen. Dafür ist nötig, mindestens einmal im Jahr aktuelle E-Mail-Adresse der Mitglieder zu bekommen.

Antrag R 1 ÄA 1: Änderungsantrag zu R 1

Laufende Nummer: 24 • Änderungsantrag zu R 1

Antragsteller/in:	Bundsvorstand (Bundesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.2 Änderungen von Verbandsordnungen

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Füge in Zeile 2 hinter "E-Mail-Adressen" ein: ", sofern vorhanden,".

Begründung

folgt

Antrag L 1: Mehr europäischer Zusammenhalt und Integration sind kein Widerspruch!

Laufende Nummer: 1

Antragsteller/in:	Bundesorstand (Bundesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.3 Leitantrag

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 In Vielfalt geeint ist das Motto der Europäischen Union. Als Föderalistinnen und
- 2 Föderalisten leben und unterstützen wir diese Grundkonzeption, die auch unserer Idee eines
- 3 föderalen Bundesstaates zu Grunde liegt. In letzter Zeit müssen wir aber mit Besorgnis
- 4 feststellen, dass die EU zwar vielfältig ist, aber dabei viel zu uneinig. Vielfalt ist
- 5 wichtig und muss gewährleistet werden. Einheit ist allerdings genauso wichtig, wenn nicht
- 6 sogar noch wichtiger für die Zukunft der EU. Auch wenn die europäische Einheit in den
- 7 letzten 70 Jahren seit der Gründung der JEF Deutschland eine beeindruckende Entwicklung
- 8 genommen hat, bleibt die Einheit immer fragil und muss immer wieder verteidigt werden.
- 9 Dabei gilt es auch, Einheit und notwendige Integrationsschritte in Ausgleich zu bringen.
- 10 Aktuelle europäische Herausforderungen werden wir nur mit mutigen, starken Schritte in
- 11 Richtung eines Europäischen Bundesstaats meistern. Staaten, die diese Schritte nicht
- 12 mitgehen wollen, müssen es nicht. Einheit kann auch in einem Europa der zwei
- 13 Geschwindigkeiten gewährleistet werden.
- 14 **Die Einheit der Mitgliedstaaten bröseln**
- 15 Die politischen Stimmen in der EU werden immer vielfältiger und in vielen Bereichen liegen
- 16 die Konzeptionen und Ideen so weit auseinander, dass keine Beschlüsse und notwendige
- 17 strukturelle Reformen mehr möglich sind. Die EU ist mehr und mehr in verschiedene Blöcke
- 18 getrennt. Die Lebensumstände in der EU haben sich in den letzten Jahren nicht angenähert,
- 19 sondern sind weit auseinander gegangen. Das lässt sich zum einen an den wirtschaftlichen
- 20 Folgen der Finanzkrise wie bspw. der Jugendarbeitslosigkeit ablesen, andererseits an der
- 21 zunehmenden Abschaffung des Rechtsstaats und der Demokratie in einigen ost- und
- 22 in zwischen
- 23 südeuropäischen Mitgliedstaaten. Schließlich darf auch der Brexit nicht vergessen werden.
- 24 Auch das französisch-deutsche Verhältnis ist angespannt. Eine gemeinsame Vision für eine
- 25 proeuropäische, gar föderalistische Zukunft scheint es nicht zu geben.
- 26 **Die Aufgabe: Einheit stärken und mit Integration in Ausgleich bringen**
- 27 Die wichtigste Aufgabe, die jetzt vor uns liegt, ist die europäische Einheit zu schützen,
- 28 wiederherzustellen und zu fördern und dabei die notwendige weitere Integration nicht zu
- 29 vernachlässigen. Wir sehen die europäische Einheit in einer Reihe von Bereichen gefährdet
- 30 und möchten daher die folgenden Punkte ansprechen und vorschlagen, die zu einer größeren
- Einheit führen sollen.

31 **Lebenssituationen durch eine starke Wirtschaft europaweit angleichen**

32 Die wirtschaftliche Entwicklung in der EU hat sich in den letzten Jahren wieder
33 verbessert, trotzdem sind die Lebensumstände in der EU noch nicht vergleichbar und vor
34 allem in den letzten Jahren weiter auseinandergegangen. Dabei kann nicht immer nur auf die
35 Mitgliedstaaten geschaut werden, sondern auch die Unterschiede zwischen Land und Stadt
36 sind gewachsen; auch fehlen in vielen ländlichen Regionen weiterhin Strukturhilfe und
37 Arbeitsplätze. Um die europäische Einheit nicht zu gefährden, müssen wir deswegen die
38 Lebensumstände in der Union weiter angleichen. Die EU war unter anderem auch immer ein
39 Versprechen auf ein wirtschaftlich besseres Leben und dieses Versprechen ist noch Teil des
40 Selbstverständnisses, das die EU erfüllen muss. Daher muss die Union weiter
41 Strukturförderung betreiben und die wirtschaftlichen und geldpolitischen Instrumente zur
42 Verhinderung weiterer wirtschaftlicher Krisen stärken. Auch die Jugendarbeitslosigkeit
43 muss endlich wirksam bekämpft werden. Die Union sollte Strukturförderprogramme gerade
im

44 Hinblick auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschließen.

45 **Einheit durch Abschaffung der "Geber- und Nehmerländer"**

46 Die Finanzierung der EU in Gestalt des mehrjährigen Finanzrahmens muss reformiert werden,
47 da sie dem europäischen Zusammenhalt schadet. Die jetzige Finanzierung der EU durch
48 nationale Beiträge führt zu Streitigkeiten und zu gefühlten Ungerechtigkeiten, weil die
49 Mitgliedstaaten durch die jetzige Struktur des mehrjährigen Finanzrahmens in "Nehmer- und
50 Geberländer" eingeteilt werden. Anstatt nationaler Beiträge sollte die Finanzierung der EU
51 direkt durch Eigenmittel der EU erfolgen. Daher fordern wir erneut und nachdrücklich die
52 Einführung einer individuellen Steuer zur Finanzierung der EU. Es sollte dazu eine
53 nationale Steuer durch eine europäische ersetzt werden, um eine Mehrbelastung zu
54 vermeiden.

55 **Die soziale Säule des Binnenmarkts stärken**

56 Für viele Jahre stand der Binnenmarkt im Zentrum der europäischen Einigung. Mehr und mehr

57 erweitert sich die europäische Integration jedoch auf andere Bereiche. Ein Bereich, der in
58 den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat und den wir auch für besonders wichtig für
59 die Einheit Europas ansehen, ist die Frage nach einem sozialen Europa. Wie bereits
60 bemerkt, ist der Lebensstandard in der EU zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten aber auch

61 zwischen verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich. Wollen wir aber alle Menschen von
62 Europa überzeugen, muss die EU auch nicht nur für wirtschaftlichen, sondern auch für
63 sozialen Zusammenhalt in der Union sorgen. Daher fordern wir schon seit Jahren und hier
64 auch noch einmal ausdrücklich die Verwirklichung eines sozialen Europas.

65 **Eine Demokratie für die Europäische Union**

66 Wir sehen mit Besorgnis weiter den Erfolg von populistischen Parteien und die Aushöhlung
67 der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in manchen europäischen Mitgliedstaaten, die
68 potentiell oder tatsächlich die europäische Einheit gefährden. Auch die Europawahlen im
69 Mai haben wieder gezeigt, dass die demokratische Einheit der EU noch nicht erreicht ist.
70 Auf EU-Ebene müssen die nächsten fünf Jahre bis zu den nächsten Wahlen effektiv und mutig

71 für institutionelle Reformen im Hinblick auf die Wahlen genutzt werden. Dazu gehört eine
72 Wahlrechtsreform inklusive transnationaler Listen sowie eine Stärkung der europäischen
73 Parteien. Auch im Hinblick auf die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten muss die EU
74 endlich eine wirksame Antwort finden. Wir begrüßen die Ideen, europäische Finanzmittel an
75 die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeitsstandards zu knüpfen sowie die Einführung eines
76 unabhängigen Berichtssystems. Die europäische Einheit wird auch daran gemessen, dass
77 europaweit einheitliche Rechte gelten.

78 **Außenpolitische Einheit durch Mehrheitsentscheidungen**

79 Ein besonderes Augenmerk gilt der weiterhin nur punktuell einheitlichen europäischen
80 Sicherheits- und Außenpolitik. In diesem Bereich ist es immer noch so, unterstützt durch
81 die Verträge, dass jeder Mitgliedstaat seine eigenen Interessen verfolgt und teilweise
82 sogar unterschiedliche Konfliktparteien unterstützen. Dieser Zustand ist untragbar! Wir
83 fordern daher, dass die europäische Außenpolitik endlich europäisiert wird und das
84 Einstimmigkeitserfordernis in der Außenpolitik endlich abgeschafft werden. Gerade in
85 Zeiten, in denen sich international wieder größere Konflikte anbahnen, sollte sich die
86 europäische Union zur internationalen Zusammenarbeit bekennen und als leuchtendes
Beispiel
87 vorangehen.

88 **Notwendiger Begleiter der Einheit: eine stärkere europäische Öffentlichkeit**

89 Die Entscheidung in einigen Bereichen, Mehrheitsentscheidungen einzuführen könnte
90 natürlich auch zur weiteren Spaltung Europas beitragen. Schon jetzt sprechen nach jedem
91 Gipfel die Staats- und Regierungschefs zu ihren nationalen Öffentlichkeiten und verteidigen
92 ihre nationale Sichtweise. Gewinne und Niederlagen bei Mehrheitsentscheidungen würden dies
93 vermutlich massiv verstärken. Wir sind davon überzeugt, dass die Europäisierung der
94 Politik positiv ist. Um die Bürgerinnen und Bürger von Europa auch und gerade in den
95 Bereichen mit Mehrheitsentscheidungen zu überzeugen, sie in die Lage zu versetzen, die
96 europäische Perspektive zu sehen und diese zu stärken, muss die europäische Öffentlichkeit
97 gestärkt werden.

98 **Einheit zwischen Jung und Alt europaweit stärken**

99 Abseits der politischen Fragen muss auch der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder mehr
100 gestärkt werden. Vor allem kann man europaweit auch zunehmend einen gefühlten oder
101 tatsächlichen Generationenkonflikt sehen. Das zeigte sich vor allem in den letzten Monaten
102 in einer Zunahme von Protesten, die vor allem von jungen Menschen so wie z.B. *Fridays for*
103 *Future* getragen werden. Die jungen Menschen haben jedoch oft das Gefühl, nicht ernst
104 genommen zu werden und dass ihre Zukunftssorgen oftmals nicht genügend gewürdigt wird.
105 Junge Menschen kommunizieren und engagieren sich viel durch soziale Medien, doch hat der
106 traditionelle mediale und politische Diskurs Probleme, mit dieser Kommunikation
umzugehen.
107 Wir müssen, um junge Menschen in die Politik einzubeziehen, Wege finden, diese neuen
108 Kommunikationsformen in den Diskurs einzubeziehen. Auch institutionell sollte die
109 Partizipation von jungen Menschen wie z.B. durch die Einführung des Wahlrechts ab 16
110 gestärkt werden.

111 **Europäische Begegnungen und Austausch deutlich ausbauen**

112 Die europäischen Bürgerinnen und Bürger brauchen ein europäisches Wir-Gefühl. Deswegen
113 müssen wir innerhalb der Europäischen Union den gesellschaftlichen Zusammenhalt über
114 Grenzen, und vor allem zwischen Ost- und Westeuropa, hinweg deshalb weiter stärken. Wir
115 unterstützen entschieden die Forderung des Europäischen Jugendforums (EYF), den Haushalt
116 für das Förderprogramm Erasmus+ zu verzehnfachen. Europäischer Austausch muss zur
117 Normalität werden. Ein Schuljahr in Europa soll keine Pflicht sein, muss aber für jeden
118 und jede Schüler und Schülerin attraktiv und möglich sein. Digitale Möglichkeiten müssen
119 stärker genutzt werden, um Europa im Alltag präsenter zu machen. Europäischer Austausch
120 kann so für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger möglicher werden.

121 **Keine Einheit ohne eine stärkere, europaweit und effektive Klimapolitik**

122 Ein großes Thema der letzten Wochen und Monate, das das Potential hat, die EU zu spalten,
123 sind die Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels. Die jetzige Diskussion,
124 aber vor allem die katastrophalen Folgen des Klimawandels haben das Potenzial,
Spannungen,
125 Konflikte sowie Ungleichheiten auszulösen. Es braucht zur wirksamen Bekämpfung des
126 Klimawandels eine einheitliche europäische wie auch internationale Strategie. Die
127 Verabschiedung eines strengeren Klimaziels in Bezug auf die Einsparung von CO2 wurde vom
128 Europäischen Rat gerade abgelehnt. Obwohl die Europäische Kommission regelmäßig
strengere
129 Regeln im Kampf gegen den Klimawandel vorschlägt, werden die Vorschläge auf nationaler
130 Ebene blockiert oder die europarechtlich vorgegebenen Ziele national nicht eingehalten.
131 Dabei muss jedoch klar sein, dass massive Einsparungen an Treibhausgasen und auch
anderen
132 Ressourcen notwendig sind. Die EU sollte deswegen weitere Klimaziele setzen und auch
133 international auf die Einhaltung der Klimaziele hinarbeiten. Eine Möglichkeit der EU,
134 Klimaziele durchzusetzen, könnte auch eine Einbeziehung dieser Ziele in die Handelspolitik
135 der EU sein. Kurzfristig sollte auf europäischer Ebene zumindest der Flugverkehr in den
136 europäischen Zertifikatehandel einbezogen werden, der auch durch die Verknappung der
137 Zertifikate effektiver werden sollte. Im Bereich der Einsparung von GHG-Emissionen reicht
138 jedoch auch das nicht aus, sodass weitergehende Maßnahmen zur Belastung möglichst vieler
139 schädlicher Sektoren und Klimagase entweder national oder europäisch im Rahmen des
140 Zertifikatehandels oder als Steuer getroffen werden müssen. Die EU fördert viele
141 Infrastruktur- und Regionalentwicklungsprojekte sowie den Landwirtschaftssektor. In diesen
142 Bereichen könnte die EU die Bekämpfung des Klimawandels einbeziehen. Vor allem sollte der
143 grenzüberschreitende Zugverkehr gefördert werden. Des Weiteren sollte sich die EU für die
144 Reduzierung von Treibhausgasen in der Energiegewinnung einsetzen. Dazu sollte die EU die
145 Verwirklichung einer europäischen Energieunion anstreben. Klar ist, dass der Klimawandel
146 nur durch einen multisektoralen Ansatz mit einer Vielzahl von Maßnahmen bekämpft werden
147 kann. Zusätzlich zu Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sind auch jetzt schon
148 weitreichende Investitionen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vor allem im
149 globalen Süden notwendig und sollten von der EU und ihren Mitgliedstaaten bereits
150 finanziell und durch technische Kooperationen unterstützt werden.

151 **Einheit und Integration zusammendenken und verwirklichen**

152 Einige unserer Forderungen sind in der aktuellen Lage der Europäischen Union sehr
153 weitgehend und werden von einigen Mitgliedstaaten in naher Zukunft nicht mitgetragen
154 werden. Wir möchten uns deswegen auch ausdrücklich zu einem Europa der verschiedenen
155 Geschwindigkeiten bekennen. Zwar ist uns die Einheit Europas wichtig und wir erkennen an,
156 dass ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zu Problemen führen kann, jedoch
157 denken wir, dass der status quo der EU in vielen Bereichen zu Unzufriedenheiten und
158 Funktionsschwierigkeiten führt. Es gibt viele Bereiche, in denen wir endlich Reformen
159 anstoßen und umsetzen müssen. Das geht aber oftmals nicht mit allen Mitgliedstaaten. Wir
160 sollten uns deswegen nicht vor einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten fürchten.

161 Wir sind davon überzeugt, dass die Umsetzung von notwendigen Reformen langfristig nicht
162 nur zu einem besseren Europa führt. Wenn Anstrengungen unternommen werden,
fortschreitende

163 Integration politisch-inhaltlich attraktiv zu halten und zu kommunizieren und die
164 europäische Mehrheit im Blick zu halten, sind wir sicher, dass die Mitgliedstaaten, die
165 in einigen Bereichen im Moment noch Reformen blockieren, langfristig trotzdem Teil der
166 Integration bleiben und die einzelnen Integrationsschritte noch nachholen werden. Ein
167 Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten sollte als langfristiges Ziel ein besseres,
168 integriertes und vereintes Europa anstreben.

169 **Die kommende Ratspräsidentschaft Deutschlands nutzen**

170 Einheit und Integration zusammenzudenken und voranzubringen, wird auch Aufgabe der
171 kommenden Ratspräsidentschaft Deutschlands sein müssen. Wie kein anderes Land in
Europa

172 weiß Deutschland aufgrund seiner Geschichte, was Spaltungen bedeuten, aber auch, wie
damit

173 umgegangen und wie sie überwunden werden können. Diese Verantwortung und Stärke gilt es

174 jetzt und mutig zu nutzen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 1: Klima schützen, Energiesteuer einführen

Laufende Nummer: 3

Antragsteller/in:	JEF Thüringen (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Seit Monaten gehen junge Menschen auf die Straße, um darauf aufmerksam zu machen, dass
2 eine Klimakatastrophe nur verhindert werden kann und die Pariser Klimaziele nur
3 eingehalten werden können, wenn ein radikales Umdenken im Bereich der Umwelt- und
4 Klimapolitik erfolgt. Vergangene und aktuelle Versuche die Klimakrise aufzuhalten oder
5 umzukehren sind gescheitert und es sind weiterhin keine ausreichenden Bemühungen der
6 Politikerinnen und Politiker die Problematik anzupacken ersichtlich.
- 7 In aktuellen Debatten dominiert die Einführung einer CO₂-Steuer, die beispielsweise in
8 Schweden schon in den 90er Jahren eingeführt wurde. Wir denken, dass das zu kurz greift
9 und fordern stattdessen eine Besteuerung sämtlicher Energieformen auf EU-Ebene, um den
10 Übergang zu einer weniger ressourcenintensiven Wirtschaft sicherzustellen. Laut
11 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist der weltweite Energieverbrauch in den
12 letzten 30 Jahren kontinuierlich angestiegen. Auch wenn es der Name nicht offenbart,
13 werden wir irgendwann an die Grenzen der Nutzung von erneuerbaren Energien stoßen, da
14 auch
15 erneuerbare Energien Effizienzgrenzen unterliegen und der Entzug freier Energie aus dem
16 Erdsystem zwangsläufig zu Veränderungen der Umwelt und des Erdsystems führen wird,
17 dessen
18 Folgen momentan nicht abschätzbar sind. Zudem haben auch erneuerbare Energien gewisse
19 Nachteile, wie einen erhöhten Platzbedarf oder den Verbrauch von seltenen Rohstoffen.
20 Deswegen sind wir der Auffassung, dass eine Verringerung des allgemeinen
21 Energieverbrauchs
22 die nachhaltigere Lösung ist. Im Konkreten fordert die JEF Deutschland:
23
- 24 • Die Einführung einer europaweiten Energiesteuer für alle Energiekonsument*innen
25 abgerechnet pro verbrauchter Kilowattstunde;
 - 26 • eine Änderung der Verträge dahingehend, dass die Union in Fragen der Steuererhebung
27 eine geteilte Zuständigkeit gemäß Artikel 2 Absatz 2 AEUV erhält;
 - 28 • eine Mindestbesteuerung auf alle Energieformen und höhere Abgaben je nach Anteil von
29 fossilen Brennstoffen im Energiemix;
 - die Pro-Kopf-Ausschüttung der Steuergewinne an die Bevölkerung, um kleine Haushalte zu entlasten und Anreize zu schaffen weniger Energie zu verbrauchen. Menschen mit einem niedrigen Energieverbrauch werden durch diese Umverteilung zu „Nettogewinnern“ der Energiesteuer, weil sie durch die Umverteilung der Steuer mehr Geld

- 30 zurückbekommen als sie ursprünglich abgegeben haben.
- 31 • Die vollständige Abschaffung von Subventionen für die Energiegewinnung aus fossilen
32 Brennstoffen;
- 33 • eine erhöhte Förderung zur Entwicklung von Energiespeichern.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 2: Europäischen Mindestlohn einführen!

Laufende Nummer: 4

Antragsteller/in:	JEF Thüringen (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Frage des sozialen Zusammenhaltes in Europa ist in Zeiten wachsender Ungleichheiten
- 2 eines der zentralen Themen unseres Zusammenlebens in der Europäischen Union. Wir als
- 3 Junge
- 4 Europäische Föderalisten Deutschland bekennen uns dabei klar zu der Notwendigkeit einer
- 5 verstärkten Integration auch im Bereich der Sozialpolitik, die bislang fast ausschließlich
- 6 von den Nationalstaaten bestimmt wird. Diese Position verdeutlicht sich in unserer
- 7 bestehenden Beschlusslage zu "Mehr Verbindlichkeit der Europäischen Säule Sozialer Rechte"
- 8 vom 13.10.2018.
- 9 Die wirtschaftliche Integration Europas ist eine Erfolgsgeschichte, die dem Kontinent
- 10 wachsenden Wohlstand gebracht hat. Der Aufbau eines gemeinsamen (Arbeits-)Marktes ging
- 11 allerdings nicht einher mit dem Aufbau gemeinsamer Arbeitnehmer*innenrechte - obgleich
- 12 Arbeitnehmer*innen einen wichtigen und unabdingbaren Teil jedes wirtschaftlichen
- 13 Wachstums
- 14 darstellen.
- 15 Ihre Rechte sollten daher selbstverständlicher Teil des gemeinsamen Binnenmarktes in der
- 16 EU sein. Die Europäische Säule Sozialer Rechte gemäß Artikel 151 des Vertrages über die
- 17 Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist ein Schritt in diese Richtung, dem
- 18 allerdings nach wie vor die Verbindlichkeit sowie konkrete Ausgestaltung fehlt.
- 19 Leider müssen wir auch nach wie vor feststellen, dass wir von einer Angleichung der
- 20 Lebensverhältnisse, die eines der zentralen Ziele europäischer Integration darstellt, weit
- 21 entfernt sind. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, alle Mitgliedsstaaten der EU in
- 22 sozialen Fragen gleich zu behandeln. Die Wirtschaftskraft, das Lohnniveau oder die
- 23 Lebenshaltungskosten sind innerhalb der Europäischen Union teils sehr unterschiedlich.
- 24 Allerdings muss klar gemacht werden, dass Lohndumping auf dem Rücken der
- 25 Arbeitnehmer*innen kein legitimes Mittel zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen ist. Das
- 26 gilt sowohl innerhalb der Staaten als auch bei grenzüberschreitend erbrachten
- 27 Dienstleistungen. In jedem Mitgliedsstaat der EU muss daher ein Mindestmaß an sozialer
- 28 Absicherung von Arbeitnehmer*innen gegeben sein. Da in etlichen europäischen Staaten die
- 29 Tarifdeckungsraten rückläufig sind und der gewerkschaftliche Organisationsgrad abnimmt,
- 30 ist hier eine gesetzgeberische Regelung notwendig.
- 31 Zahlreiche europäische Staaten besitzen bereits einen nationalen Mindestlohn. 22 der
- 32 aktuell 28 Mitgliedsstaaten haben eine solche Regelung. Allerdings sind diese Mindestlöhne

31 oftmals nur symbolische Akte und tragen nicht zu fairer und menschenwürdiger Bezahlung
32 bei. So liegt der Mindestlohn in Bulgarien aktuell bei gerade einmal 1,72 € pro Stunde.
33 Die aus unserer Sicht sinnvolle Grenze für einen Mindestlohn von 60 % des
34 länderspezifischen Durchschnittslohnes wird aktuell von kaum einer nationalen
35 Mindestlohnregelung innerhalb der EU erfüllt. Auch die deutsche Regelung erfüllt dies
36 nicht.

37 Die JEF Deutschland fordert daher

38 1. Die Einführung eines europäischen Mindestlohns, der 60% des Durchschnittslohns
39 innerhalb eines Mitgliedsstaates betragen soll. Darüber hinausgehende Abschlüsse der
40 Tarifpartner bleiben im Rahmen der Tarifautonomie immer möglich.

41 2. Eine Änderung der Verträge dahingehend, dass die Union in Fragen der Arbeitsentgelte
42 eine geteilte Zuständigkeit gemäß Artikel 2 Absatz 2 AEUV erhält.

43 3. Eine konsequente Umsetzung der ab 2020 geltenden, modernisierten Entsenderichtlinie,
44 damit gleicher Lohn am gleichen Ort für gleiche Arbeit unabhängig von der nationalen
45 Staatsbürgerschaft des*r Arbeitnehmers*in gilt. Es gilt bei grenzüberschreitend
46 erbrachten Dienstleistungen entsprechend stets der Mindestlohn des Aufnahmelandes.

47 4. Einen Sanktionsmechanismus seitens der Europäischen Kommission bei Nichteinhaltung
48 der in den Punkten 1 und 3 genannten Regelungen im Rahmen des
49 Vertragsverletzungsverfahrens der Artikel 258-260 AEUV sowie eine Einklagbarkeit
50 dieser Rechte für Arbeitnehmer*innen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 3: Europäischen Flugverkehr regulieren im Sinne der Umwelt

Laufende Nummer: 5

Antragsteller/in:	JEF Thüringen (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Nachdem in den letzten Jahren die Folgen der Klimakrise immer deutlicher wurden ist es
2 essentiell eine klare und starke europäische Klimapolitik zu verfolgen. Da ein großer
3 Anteil des CO₂-Ausstoßes auf den Verkehrssektor zurückzuführen ist sollte jede
4 Klimaschutzbemühung der EU vor allem dort ansetzen. Von all den möglichen
5 Transportmittel, die EU Bürger*innen benutzen, um sich innerhalb des Unionsgebiet
6 fortzubewegen, ist das Flugzeug das klimaunfreundlichste Beförderungsmittel. Im Vergleich
7 zu anderen Verkehrsmitteln wird pro zurückgelegten Kilometer das Mehrfache an CO₂
8 ausgestoßen. Vor allem im Vergleich zu Öffentlichen Verkehrsmitteln, wie zum Beispiel Zug
9 oder Bus, wird auf den meisten Strecken das zehnfache an CO₂ ausgestoßen. Um hier den
10 CO₂-
11 Anteil stark zu reduzieren sollte die EU den Luftverkehr wie folgt regulieren:
- 12 • Kerosin für Flüge innerhalb der EU darf nicht mehr staatlich subventioniert werden ,
13 sondern muss - wie andere fossile Treibstoffe - besteuert oder gleichwertig bepreist
14 werden.
 - 15 • Fluglinien müssen eine Form eines CO₂-Preises zahlen. Höhe des Preises und Nutzung
16 des eingenommenen Geldes sollen innerhalb der EU einheitlich geregelt werden.
 - 17 • Flugverbindungen, die als Kurzstreckenflüge klassifiziert werden können sollten
18 graduell teurer werden durch eine dafür eingesetzte Steuer, die je kürzer die Distanz
19 zwischen den Flughäfen, umso höher ausfällt- Forschungsprojekte sollen gezielt
20 gefördert werden, welche an Alternativen für Kerosin forschen. Speziell soll die
21 Entwicklung des Elektroflugzeugs oder Wasserstoffflugzeug gefördert werden, damit
22 zukünftig auf Kurz- und Mittelstrecken klimafreundliche Flugzeuge eingesetzt werden
23 können.
 - 24 • Die EU muss global eine Vorreiterrolle in der Bepreisung des Flugverkehrs einnehmen.
25 Für startenden und landende Interunionalflüge sollen Abgaben in gleicher Höhe wie für
26 Flüge innerhalb der EU erhoben werden, sofern und soweit der Herkunfts- bzw.
27 Zielstaat keine entsprechenden Abgaben erhebt.
- 28 Um den Flugverkehr zu reduzieren, soll der Zugverkehr in Europa durch folgende Maßnahmen
29 gefördert werden:

- 29 • Schaffung eines europaweiten integralen Taktfahrplans im Fernverkehr
- 30 • Europaweite Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Personenschienenverkehr
- 31 • Schließung infrastruktureller Lücken im Schienennetz an nationalen Grenzen
- 32 • Weitere verbindliche Vereinheitlichung technischer Systeme unter Aufsicht der EU.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 4: Spitzenkandidatenprinzip I – Situationsbewertung und Forderung

Laufende Nummer: 6

Antragsteller/in:	JEF NRW (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 1. Die JEF Deutschland stellt fest, dass die Abweichung vom Spitzenkandidatenprinzip bei
2 der Auswahl der Kommissionspräsidentin einen Rückschritt für die Europäische
3 Demokratie bedeutet und nicht unserem Verständnis des europäischen politischen
4 Systems entspricht.
- 5 2. Die JEF Deutschland kritisiert, dass insbesondere die europäischen Parteien ihre
6 Zusagen vor der Europawahl nicht eingehalten haben. Dies betrifft sowohl die Staats-
7 und Regierungschefs, als auch die zugehörigen Europaparlamentarier, die die
8 Kandidatin gewählt haben.
- 9 3. Die JEF Deutschland fordert weiterhin die Umsetzung eines Spitzenkandidatenprinzips
10 für die Wahlen zum europäischen Parlament. Um das Prinzip rechtlich stärker zu
11 verankern spricht sich die JEF Deutschland für einen europäischen Wahlkreis aus, in
12 dem die europäischen Parteien mit Listen antreten können. Außerdem wird sich die JEF
13 Deutschland dafür einsetzen, dass bei der nächsten Revision der europäischen Verträge
14 das Primat des europäischen Parlaments in der Wahl der Kommission und der
15 Kommissionsspitze klar festgesetzt wird.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 5: Dieser Luxus kotzt uns an – Für eine Senkung der Mehrwertsteuer für Damenhygieneprodukte auf 0 %

Laufende Nummer: 8

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 Analyse

2 Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern stellt ein zentrales Ziel in der
3 Europäischen Union dar, so hat die Europäische Kommission erst kürzlich mit Blick auf die
4 2030 Sustainable Development Goals Geschlechtergleichstellung als eins der Hauptthemen
5 identifiziert. Auch wir als JEF Deutschland benennen „Gleichheit“ als einen Kern der
6 Europäischen Idee. Wir bekennen uns in unserem Politischen Programm zum Ziel der
7 „stetigen
8 Annäherung der Lebensverhältnisse“ und zu den Vereinigten Staaten von Europa, die sich
9 „nach Außen [...] für den Schutz und die Verbreitung ihrer Grundwerte“ einsetzt. Wir
10 erkennen zudem an, dass „Gemeinsame Herausforderungen [...] gemeinsamer Lösungen“
11 bedürfen
12 und die Vereinigten Staaten von Europa „mit starken wirtschaftspolitischen Kompetenzen“ zu
13 einer Verringerung der „ökonomischen und sozialen Ungleichheiten“ führen können.
14 Der Einfluss von Steuern in der Gleichberechtigungsfrage ist hierbei nicht zu
15 vernachlässigen. Auch wenn das Europäische Parlament bereits im Januar 2019 eine
16 Resolution zum Thema „Gender equality and taxation policies in the EU“ verabschiedet hat,
17 in dem es eine Ungleichberechtigung der Geschlechter durch Steuern anerkennt und die EU-
18 Mitgliedsstaaten zur Abschaffung der sogenannten „Tamponsteuer“ auffordert, werden nur
19 unzureichend Maßnahmen zur Eliminierung dieses Problems auf EU-Ebene ergriffen.
20 In Deutschland werden zwei unterschiedliche Mehrwertsteuersätze angewandt. Ein
21 allgemeiner
22 Steuersatz von 19% und ein ermäßigter Steuersatz von 7 % auf Grundlebensmittel und
23 Produkte des täglichen Bedarfs, wie beispielsweise Brot und Kartoffeln. Jedoch werden
24 unter anderem auch Lachskaviar, Schnittblumen, Froschschenkel und Wachteleier mit dem
25 ermäßigten Satz besteuert, worüber man sicherlich streiten kann. Damenhygieneartikel wie
26 Tampons, Binden, Menstruationstassen, Periodenunterwäsche etc. fallen hingegen unter den
27 allgemeinen Mehrwertsteuersatz von 19 %. Es ist nicht zu erklären, warum nicht der
28 ermäßigte Steuersatz von 7% Anwendung auf diese Produkte findet. Da Frauen* (*nicht alle
Frauen menstruieren und nicht alle, die menstruieren, sind Frauen) im Durchschnitt 500 Mal
in ihrem Leben auf solche Menstruationsartikel angewiesen sind, da sie ihre Periode
schlichtweg nicht vermeiden können, ist die Anwendung des 19% Luxussteuersatzes eine

29 strukturelle, fiskalische und zugleich symbolträchtige Diskriminierung von Frauen aufgrund
30 ihres Geschlechts.

31 Deutschland liegt mit 19% im oberen Bereich hinsichtlich der „Tamponsteuer“, in Ungarn,
32 Schweden und Argentinien fallen noch höhere Sätze an. Zahlreiche andere Länder, wie
33 Südafrika, Kenia; Indien oder Kanada, aber auch einige US-Bundesstaaten haben die
34 „Tamponsteuer“ in den letzten Jahren gänzlich abgeschafft. Auch in Ländern der
35 Europäischen Union gab es nach Protesten bereits Senkungen der Mehrwertsteuer. So werden

36 Damenhygieneprodukte in Spanien mit 10%, in den Niederlanden mit 6%, in Frankreich mit
37 5,5% und im Vereinigten Königreich mit 5,0% besteuert. In Irland wurde die Besteuerung von
38 Damenhygieneprodukten vollständig abgeschafft, noch bevor die europäische
39 Mehrwertsterrichtlinie (Artikel 99 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November
40 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem) in Kraft trat, die nur einen ermäßigten
41 Mehrwertsteuersatz von mindestens 5% zulässt. Besagte Richtlinie hinderte auch das
42 Vereinigte Königreich daran, seine Steuer auf Damenhygieneprodukte vollständig
43 abzuschaffen.

44 Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ist auf Damenhygieneprodukte angewiesen, um am
Alltag
45 teilhaben zu können, das heißt zur Schule, zur Universität oder zur Arbeit gehen zu
46 können. Eine Frau* menstruiert im Leben ca. 500 Mal und verbraucht demzufolge zwischen
47 10.000 und 17.000 Tampons und Binden. Das ergibt Gesamtausgaben zwischen 1500 und 5000
€,

48 die Frauen* für ihre Monatsblutung aufwenden müssen (Schmerzmittel und andere meist
49 notwendige Produkte nicht einberechnet). Dass nun besagte Artikel mit dem Luxussteuersatz
50 von 19% besteuert werden, also eindeutig nicht zu Produkten des täglichen Bedarfs zählen,
51 stellt eine eindeutige fiskalische Diskriminierung menstruierender Menschen dar.

52 Das Wort Periodenarmut (engl. „period poverty“) hat in den letzten Jahren die Debatte um
53 die Tamponsteuer geprägt. Der Zugang zu Hygieneprodukten ist besonders für Menschen aus
54 einkommensschwachen Schichten oft nicht immer garantiert, sodass Periodenarmut ein
55 weltweit zu beobachtendes Phänomen ist. Während sich in Kenia Mädchen* und Frauen*
56 teilweise für Binden prostituieren, gibt es Berichte über Schülerinnen in England, die
57 wegen fehlendem Zugang zu Hygieneprodukten während ihrer Menstruation nicht zur Schule
58 gehen aus Angst vor Bloßstellung, wenn auf ihrer Kleidung Menstruationsblut zu sehen ist.
59 Wenn das Geld für Tampons oder Binden nicht ausreicht, wird zudem oft versucht mit
60 vermeintlichen Alternativen wie Socken, Stoffresten oder Toilettenpapier, das Blut
61 aufzufangen. Dieses Ausweichen auf andere ungeeignete Produkte kann schwerwiegende
62 gesundheitliche Folgen haben. In Deutschland sind beispielsweise im Hartz-IV-Regelsatz
63 16,11 € für Gesundheitspflege vorgesehen. Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern wird
64 hier nicht gemacht, auch wenn Frauen* von diesem Betrag noch Binden, Tampons oder
65 anderweitige Damenhygieneprodukte kaufen müssen. Insbesondere Frauen*, die auf der
Straße

66 leben, sind durch fehlenden Zugang zu Damenhygieneprodukten Risiken ausgesetzt.

67 Eine alleinige Senkung beziehungsweise Abschaffung der „Tamponsteuer“, kann das
bestehende

68 Problem der Periodenarmut demnach nicht lösen. Es scheint fraglich, ob Unternehmen die
69 Senkung der Mehrwertsteuer nicht zur eigenen Gewinnmaximierung ausnützten. Der Kampf
gegen
70 Periodenarmut verlangt also ergänzende Maßnahmen. So entschloss sich beispielsweise die
71 schottische Regierung, nachdem eine Umfrage von The Guardian ergeben hatte, dass schon
72 jede vierte Schülerin oder Studentin von Periodenarmut betroffen war,
Damenhygieneprodukte
73 an Schulen und Universitäten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Auch in New York City
74 sind alle öffentlichen Schulen dazu verpflichtet, auf ihren WCs kostenlose Hygieneartikel
75 bereitzustellen und in Südafrika sind Damenhygieneartikel kostenfrei zugänglich für Frauen
76 mit geringem Einkommen. Da das Vereinigte Königreich durch die europäische
77 Mehrwertsteuerrichtlinie den Steuersatz nur auf 5% senken konnte, beschloss die Regierung
78 2017 zudem, dass 12 Millionen Pfund aus der "Tamponsteuer" an Frauenrechtsorganisationen
79 gehen sollen. Diese diversen Aktionen können eindeutig zur Gleichberechtigung zwischen
80 menstruierenden und nicht-menstruierenden Menschen beitragen.

81 Jedoch zeigen diese einzelnen Maßnahmen auch, dass sie nur partielle Verbesserungen
82 bewirken und die grundsätzliche Problematik nicht in einem gewünschten Maße lösen
können.

83 Betroffene Frauen* werden also abhängig ihres Wohnortes unterschiedlich stark in Bezug auf
84 ihre Menstruation diskriminiert. Daher sind wir davon überzeugt, dass eine alleinige
85 nationale Lösung nicht ausreichen wird und wir zumindest auf europäischer Ebene
gemeinsame
86 Standards setzen müssen. Gerade die Vorgehensweise im Rahmen der
87 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und die damit einhergehende internationale
Auswirkung
88 und Adaption sind uns Beweis genug, dass mit einem europäischen Vorstoß die Situation der
Frauen* in einem erheblichen Maße verbessert werden kann. Auch in föderalistischer
89 Hinsicht überzeugt die Überlegung, ein Problem das alle Frauen* betrifft – auf möglichst
90 höchster Ebene anzugehen.
91

92 **Forderungen**

93 Es scheint demnach sinnvoll, in der gesamten EU Maßnahmen zur Bekämpfung der
Periodenarmut
94 und der fiskalischen Diskriminierung von Frauen vorzunehmen. Daher fordern wir als Junge
95 Europäische Föderalist*innen, folgende Punkte zielgerichtet umzusetzen:

- 96 • **Senkung der Mehrwertsteuer auf Damenhygieneprodukte auf 0% EU-weit**
Nur durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Damenhygieneprodukte auf 0%, kann die
97 fiskalische Diskriminierung von Frauen aller sozialen Schichten beendet werden und
98 Gleichberechtigung in alle Politikbereiche getragen werden. Es sollte zudem
99 langfristig ein Ziel sein, die Mehrwertsteuer insgesamt zu vereinheitlichen, da sich
100 die bisherige Einteilung in zwei Mehrwertsteuersätze jeglicher Logik entbehrt und als
101 willkürlich empfunden wird. Für uns ist dabei klar, dass die Besteuerung für andere
102 Hygieneartikel in einem zweiten Schritt ebenfalls gesenkt werden muss. In diesem
103 Antrag möchten wir uns jedoch in erster Linie auf die Bekämpfung der Periodenarmut

104 konzentrieren.

105

106

107 • **Kostenloser Zugang zu Damenhygieneprodukten für sozial schlechter gestellte Menschen**

Die gesundheitlichen Risiken sowie gesellschaftlichen Folgen bei fehlendem Zugang zu

108 Tampons, Binden und Co. sind drastisch. Wir fordern deshalb die kostenlose

109 Bereitstellung von Damenhygieneprodukten für sozial schlechter gestellte Menschen

110 durch öffentliche Stellen, denn „menstrual care is a human right“.

111

112

113 • **Verpflichtung von öffentlichen Einrichtungen/Institutionen zur Bereitstellung von**

114 **kostenlosen Hygieneartikeln in ihren sanitären Einrichtungen**

Die Stadt New York, Schottland und einige deutsche Universitäten machen es vor: wie

115 auch Klopapier sollen in öffentlichen Toiletten Damenhygieneprodukte kostenlos zur

116 Verfügung stehen.

117

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 6: Europa bewegen – Grenzübergreifend zusammenarbeiten!

Laufende Nummer: 9

Antragsteller/in:	JEF Niedersachsen (Landesverband), JEF Bayern (Landesverband), JEF Mecklenburg-Vorpommern (Landesverband), JEF Hamburg (Landesverband), JEF Schleswig-Holstein (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

1 **Analyse**

2 Bereits mit der Gründung der Jungen Europäischen Föderalist*innen in Deutschland und der
3 transnationalen Organisation unseres Verbandes bildeten sich Jugendbegegnungen und -
4 austausche als zentrale Merkmale unserer Arbeit heraus. Europa erfahrbar und erlebbar
5 machen, indem wir junge Menschen zusammenbringen und versuchen, Grenzen aufzulösen,
6 war

7 seither unser selbst formulierter Anspruch. Ausdruck dessen war z.B. die organisierte
8 Aktion in St. Germanshof, bei der Grenzpfähle zwischen Deutschland und Frankreich
9 niedergerissen und abgebrannt wurden. In der Retrospektive wohl ein erster Schritt in
10 Richtung einer europäischen Zivilgesellschaft, an dem die JEF federführend beteiligt war.

11 Mit dem Schengener Abkommen sind die stationären Grenzkontrollen zwischen Deutschland
12 und

13 den Niederlanden 1995 abgeschafft worden. In der Folge entfielen Grenzkontrollen zwischen
14 den teilnehmenden Staaten der Europäischen Union wie an der deutsch-österreichischen
15 Grenze ab dem 1. April 1998 und seit dem 21. Dezember 2007 an den Grenzen zu Tschechien
16 und Polen. Ziel dessen war es, einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt
17 voranzutreiben.

18 Das Abkommen resultierte durch Modifikationen in der Personenfreizügigkeit innerhalb der
19 Vollanwenderstaaten. Der Grundstein z.B. für die deutsch-niederländische Zusammenarbeit,
20 die seit über 50 Jahren immer weiter intensiviert und gefestigt wird, wurde jedoch schon
21 sehr viel früher gelegt. 1958 wurde zwischen Niedersachsen und den Niederlanden die erste
22 und heute älteste EUREGIO ins Leben gerufen. Diesem Beispiel folgten wie in nahezu allen
23 Grenzregionen Deutschlands beispielsweise auch die EUREGIO Bayerischer Wald -
24 Böhmerwald -

25 Unterer Inn ab 1993 mit der Verbindung der Grenzgebiete Deutschlands, Tschechiens und
Österreich, die seit 2012 in der trinationalen Europaregion Donau Moldau eingebettet ist.
Die Europaregionen stehen dabei stellvertretend für besonders enge und freundschaftliche
Beziehungen zwischen kommunalen Akteur*innen beiderseits der Grenzen. Diese
Beziehungen

haben nicht zuletzt zu einer Vielzahl an europäischen, nationalen, Landes- und kommunalen

26 Initiativen geführt, die die Staatsgrenze und unterschiedliche Landessprachen in ihrer
27 Bedeutung für den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften immer mehr in
28 den Hintergrund treten lassen.

29 Zwar gehören faktische und stationäre Grenzen der Vergangenheit an, jedoch müssen wir
nach

30 wie vor erleben, dass die Grenze beispielsweise zwischen Niedersachsen und den
31 Niederlanden sowie die Grenzen von Bayern zu Tschechien und Österreich in einzelnen
32 Bereichen noch immer zu spüren ist. Als Hürden für eine konsequente Umsetzung der Idee
33 einer europäischen Zivilgesellschaft in einem geeinten Europa offenbaren sich dabei
34 nationale Unterschiede und historisch anders gewachsene Strukturen in den Ländern. Die
35 auffälligsten Besonderheiten sind in den Bereichen der Raum-, Infrastruktur- und
36 Entwicklungsplanung, bei der Berufsbildung und der Anerkennung von Qualifikationen
37 vorzufinden. Insbesondere grenzübergreifende Investitions- und Infrastrukturvorhaben
38 werden durch Unterschiede im staatlichen Verwaltungsaufbau und die oft unzureichende
39 Kenntnis der Verfahrensabläufe und Zuständigkeiten im jeweils anderen Land gehemmt.

40 Gerade in wirtschaftlich und strukturell weniger stark aufgestellten Grenzräumen, wie etwa
41 der Euroregion Pomerania im dünn besiedelten Grenzgebiet zwischen Mecklenburg-
Vorpommern,

42 Brandenburg und Polen, zeigt sich die Wirksamkeit gezielter und bedarfsorientierter
43 Struktur- und Investitionsmaßnahmen. Nicht nur dringend benötigte Investitionen in die
44 regionale und kommunale Infrastruktur, sondern auch konkrete Projekte zur Vernetzung
45 beiderseits der Grenze, wie etwa die Möglichkeiten zum deutsch-polnischen Abitur oder die
46 Initiierung eines grenzüberschreitenden Rettungsdienstes haben ihren Anteil am Aufleben
47 dieses Grenzraums beigetragen. Umso besorgniserregender erscheint in dieser Situation die
48 drohende Umdefinierung von Grenzräumen auf Abschnitte von 25 km neben der Grenze, die
ab

49 dem Förderzeitraum 2021 dazu führen könnte, dass große Teile der Region aus den jetzigen
50 Maßnahmen herausfallen. Davon betroffen wäre beispielsweise der Kreis Mecklenburgische
51 Seenplatte. Für erfolgreiche Projekte der Euroregion könnte dies eine Einbuße von zwei
52 Dritteln der Fördersumme und somit das faktische Aus bedeuten.

53 Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und den Niederlanden hat
54 europaweite Vorbildfunktion, denn sie konnte in den Jahrzehnten durch die fortschreitende
55 europäische Einigung zahlreiche innovative Projekte ermöglichen, durch die die nördlichen
56 Provinzen der Niederlande und das nordwestliche Niedersachsen ihre ehemalige Randlage
fast

57 vollständig abstreifen und sich zu einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum
58 weiterentwickeln konnten. Ein maßgeblicher Erfolgsfaktor ist dabei, dass der Bedarf an
59 Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften nicht allein aus nationalen Ressourcen gedeckt
60 werden muss und so über die Grenzregion hinaus gesellschaftliche sowie ökonomische
61 Strahlkraft entfalten kann. Auch im Grenzraum bayerischer Wald ermöglicht es die EUREGIO
62 im Rahmen von INTERREG die grenzüberschreitende Koordination, Planung und Entwicklung
in

63 politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Themenbereichen

64 weiterzuentwickeln. So ist eine gemeinsame Erfolgsstrategie entstanden, um den bayerischen

65 Wald als gemeinsames, grenzübergreifendes europäisches Kultur- und Naturerbe zu schützen,
66 die Biodiversität auszuweiten und gleichermaßen attraktiv mitzugestalten. Weitere Vorteile
67 ergeben sich im dünn besiedelten Grenzgebiet des bayerischen Waldes vor allem im Bereich
68 der sozialen Daseinsvorsorge, der polizeilichen Zusammenarbeit sowie bei Feuerwehren und
69 Krankenhäusern. Vor allem in diesen Gebieten kann eine bessere grenzüberschreitende
70 Zusammenarbeit die Lebensrealität der Bürger*innen grundlegend verbessern.

71 Sowohl Niedersachsen und den Niederlanden als auch dem ländlichen Raum der deutsch-
72 polnischen Grenzregion und im bayerischen Wald stehen große Herausforderungen bevor, die

73 hauptsächlich durch den demographischen Wandel in ihrer jeweiligen Bevölkerung und der
74 Fortentwicklung zu einer modernen industriellen Dienstleistungsgesellschaft ausgelöst
75 wurden. Eine Erkenntnis, die wir bereits jetzt mit Sicherheit vertreten können, ist, dass
76 diese Herausforderungen insbesondere in den Grenzregionen nicht allein mit nationalen
77 Lösungen überwunden werden können. Um diesen also angemessen begegnen zu können,
78 werden

78 Bildung und vernetzte Mobilität zentrale Instrumente sein, die jedoch eine noch
79 intensivere Beschäftigung erfordern werden. Gerade Bildung und Mobilität können in der
80 Verbindung zukunftsweisende Antworten zur spezifischen Grenzregion-Problematik liefern.

81 **Forderungen**

82 In diesem Sinne erscheint es daher sinnvoll, noch zielgerichteter und strukturierter als
83 bisher an der Kompatibilität von Bildungswegen und Abschlüssen zu arbeiten, um
84 Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten auch über die Staatsgrenzen hinweg ausgleichen
85 zu können. Gerade in den Grenzregionen sollten knappe Ressourcen gebündelt und Menschen
86 möglichst für Tätigkeiten beiderseits der Grenze ausgebildet werden. Damit dieses auch
87 gelingen kann, sind wechselseitiger Spracherwerb und regelmäßige Kontakte zu einem frühen

88 Zeitpunkt bspw. im Rahmen von Austauschprogrammen, Praktika im jeweiligen Nachbarland
89 und
89 andere Wege der Verständigung essentiell. Auch wenn es bereits heute Projekte und
90 Clusterbildung im Bereich der Hochschulzusammenarbeit der Grenzregionen gibt, muss diese

91 Kooperation insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung weiter verstärkt werden.

92 Für eine erfolgversprechende grenzübergreifende Zusammenarbeit ist die Mobilität ein
93 entscheidender Faktor, so dass hierauf ein Arbeitsschwerpunkt liegen sollte. Die Belebung
94 der Mobilität zwischen grenznahen Landesteilen setzt aber vor allem weitere Investitionen
95 in die grenzübergreifende Infrastruktur voraus, wie z.B. die Friesenbrücke zwischen den
96 Niederlanden und Niedersachsen oder eine Harmonisierung der Beförderungsentgelte. Mit
97 der

97 Wunderline (die Bahnverbindung Groningen–Leer–Oldenburg–Bremen), die die erhebliche
98 Verkürzung der Fahrzeit und ein komfortables Reisen zum Ziel hat, ist hier vor knapp zehn
99 Jahren ein vielversprechendes Projekt in Angriff genommen worden.

- 100 Während der eiserne Vorhang im Grenzgebiet zwischen Bayern und Tschechien bereits vor 30
101 Jahren gefallen ist, steht der unzureichende Ausbau der Zugverbindungen zwischen beiden
102 Staaten sinnbildlich für eine mangelnde Kooperation im grenznahen Raum. Für die
Verbindung
103 zweier europäischer Metropolen auf der Strecke München-Prag bietet sich auch 30 Jahre nach
104 der Grenzöffnung noch keine attraktive Verbindung im Schienenverkehr an. Symptomatisch
für
105 eine nur schleppend voranschreitende Zusammenarbeit ist darüber hinaus oftmals, dass
106 Planungen, Wirtschaftlichkeitsanalysen und Bewertungen auf beiden Seiten der Staatsgrenze
107 getrennt voneinander und in Unkenntnis der Zuständigkeiten, Verfahren, Abläufe und
108 Prioritäten im jeweils anderen Land erfolgen. Diese Problematik könnte jedoch damit
109 überwunden werden, dass man durch Schaffung oder Benennung von Ansprechpartner*innen
mit
110 Koordinierungsfunktion für die Realisierung solcher Projekte benötigtes Wissen aufbaut und
111 über das einzelne Vorhaben hinaus erhält, damit es für Anschlussprojekte nicht erneut
112 aufgebaut werden muss.
- 113 Daher fordern wir als Junge Europäische Föderalist*innen, folgende Punkte zielgerichtet
114 umzusetzen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nachhaltig zu fördern:
- 115 • Sich bei der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament dafür einzusetzen, dass die
116 grenzübergreifende Zusammenarbeit in ihrer heutigen Gebietskulisse weiter mit
117 ausreichenden europäischen Finanzmitteln, beispielsweise durch INTERREG und LEADER
118 unterstützt wird.
 - 119 • Auf beiden Seiten der Staatsgrenze dafür Sorge zu tragen, dass Qualifikationen und
120 Berufsabschlüsse weitestgehend gegenseitig anerkannt werden, damit Arbeitskräfte
121 nicht nur aus nationalen Ressourcen generiert werden müssen.
 - 122 • Sich mit den zuständigen Körperschaften der berufsständischen Selbstverwaltung und
123 gegebenenfalls weiteren Institutionen, wie z.B. der Deutsch-Dänischen, Deutsch-
124 Niederländischen, Deutsch-Polnischen oder Deutsch-Tschechischen Industrie- und
125 Handelskammer, auszutauschen, wie diese Anerkennung schnellstmöglich umgesetzt
126 werden
127 kann.
 - 128 • Prüfen zu lassen, ob die wechselseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen dadurch
129 erreicht oder erleichtert werden kann, dass Auszubildende zusätzliche
130 Ausbildungsmodule im jeweils anderen Land absolvieren und dadurch zudem der
Austausch
131 untereinander sowie das Knüpfen von grenzüberschreitenden Kontakten gefördert wird.
132
 - 133 • Das nordrhein-westfälische Erfolgsmodell der EUREGIO-Profilschulen auf andere
134 Bundesländer mit Grenzregionen zu übertragen und zu prüfen, ob die bereits
135 existierenden Europaschulen in den Grenzregionen stärker als bisher in
136 grenzübergreifende Bildungsk Kooperationen eingebunden werden können, um die
137 Lebenswirklichkeit des Nachbarlandes über frühe und regelmäßige Kontakte erfahrbar

- 138 und selbstverständlich werden zu lassen. Zudem kann dadurch der Abbau von
139 Sprachbarrieren unterstützt sowie die Durchlässigkeit grenzüberschreitender Systeme
140 erhöht werden.
- 141 • Eine grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Wissenschaft an Hochschulen und
142 Universitäten zu intensivieren, die Wissenschaftscluster wie sie beispielsweise im
143 bayerischen Wald und den 30 damit verbundenen Universitäten in Deutschland,
144 Tschechien und Österreich heute schon bestehen, auszuweiten oder die Voraussetzungen
145 für solche Kooperationen zu schaffen.
 - 146 • Informationsplattformen zu schaffen, um z.B. über Internetpräsenzen mit intelligenter
147 Zweisprachen-Suche und prominenterer Verlinkung der Angebote, den faktisch bereits
148 weitgehend einheitlichen Arbeitsmarkt als solchen erkennbar werden zu lassen und
149 Arbeitnehmer*innen- sowie Unternehmer*innenmobilität zu fördern.
 - 150 • Sich dafür einzusetzen, dass grenzübergreifende Planungs- und Realisierungsarbeiten
151 bei der Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen bestehender Strukturen noch
152 besser koordiniert oder hierfür geeignetere Formen der institutionalisierten
153 Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn gefunden werden können.
 - 154 • Die Ausweitung von grenzüberschreitenden Flächen als „Europaschutzgebiete“, also
155 Gebiete die auf Ebene der EU einem besonderen Schutz unterstehen, zu forcieren, um
156 dadurch eine Verbesserung der Biodiversität durch grenzüberschreitende
157 Managementstrukturen von Schutzgebieten, Biodiversitätspartnerschaften, Arten und
158 Bodenschutzprojekte zu erreichen.
 - 159 • Sicherzustellen, dass erfolgreiche Maßnahmen wie die Euroregion Pomerania in ihrem
160 jetzigen Umfang bestehen bleiben können, ohne dass in künftigen Förderperioden
Mittelkürzungen und Verkleinerungen der von Maßnahmen umfassten Regionen zu befürchten sind.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 7: Stärkung und Förderung der europäischen Forschungslandschaft

Laufende Nummer: 11

Antragsteller/in:	JEF NRW (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland fordern:
 - 2 1. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung müssen auf 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts
3 ansteigen. Dies gilt nicht im Durchschnitt, sondern in jedem Mitgliedstaat. Die
4 Ausgaben können sich aus privaten sowie nationalen und europäischen öffentlichen
5 Mitteln zusammensetzen.
 - 6 2. Analog zu den Maastrichtkriterien für den Euro gibt es Kriterien für die Förderung
7 von Wissenschaft: Gibt ein Land einen zu geringen Anteil des BIP für Forschung und
8 Entwicklung aus oder ist es – zum Beispiel – Ursprung zu weniger wertvoller Patente,
9 einflussreicher Publikationen, gibt es empfindliche Strafen, analog zu denen, die
10 drohen, wenn ein Mitgliedstaat die Maastrichtkriterien reißt.
 - 11 3. Regeln für die Wissenschaft, etwa im Bereich der Ethik oder der Genehmigung von
12 Forschungsmitteln, werden EU-weit vereinheitlicht und – natürlich im Rahmen der
13 Menschenrechte – möglichst einfach und liberal gestaltet. Man kann sich dabei von
14 Regeln in wissenschaftlich besonders produktiven Ländern inspirieren lassen.
 - 15 4. Universitäten sollen in der Lage sein, eigene Entscheidungen zu treffen und
16 Schwerpunkte zu setzen. Hierbei soll insbesondere das Prinzip der Universitären
17 Selbstverwaltung als demokratische Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden gestärkt
18 werden.
 - 19 5. Damit man mit hohen Gehältern die besten Forscher*innen anziehen kann, sollen
20 Universitäten in Verhandlungen mit Bewerber*innen mehr Freiraum für die Festsetzung
21 ihrer Angebotshöhe für Gehälter oder den Umgang mit ihrem Budget erhalten. Wie die
22 dafür notwendigen, zusätzlichen Mittel erhoben werden, wird dem Prinzip der
23 Subsidiarität entsprechend durch die nachgeordneten Ebenen festgelegt (wobei
24 natürlich für europäische Gelder die europäische Ebene zuständig bleibt!.
 - 25 6. Die EU wählt einige Universitäten und Forschungsinstitute als Eliteuniversitäten/-
26 institute aus. Kriterien dafür ist etwa der Impact wissenschaftlicher
27 Veröffentlichungen, die Anzahl der Wissenschaftspreise oder der Beitrag, den Alumni
28 zur Wirtschaft leisten. Diese Eliteuniversitäten/-institute erhalten eine gesonderte
29 Förderung von der EU. Die Anzahl der Universitäten und das Kapital dieser Förderung
30 sollten so sein, dass eine Eliteuniversität/ein Eliteinstitut pro Jahr im

- 31 Durchschnitt mindestens eine Milliarde Euro erhält. Langfristig brauchen wir die
32 reichsten Unis der Welt. Um den gleichen Zugang für alle Europäer*Innen zu diesen
33 Universitäten und Instituten zu gewährleisten, müssen Forschungs-, Lehr-, und
34 Verwaltungssprache Englisch sein.
- 35 7. Das Budget für Organisationen wie der Europäische Forschungsrat (ERC) oder die
36 Europäische Weltraumorganisation (ESA) wird deutlich erhöht.
- 37 8. Universitäten und bestimmten Forschungseinrichtungen wird es leichter gemacht,
38 Wissenschaftler aus dem Ausland anzuwerben. Dabei wird eine neue Form des Visums
39 geschaffen, das von Unis und Forschungseinrichtungen in Eigenregie ausgegeben werden
40 kann, ohne die Mitgliedstaaten, in denen sie liegen, fragen zu müssen.
- 41 9. Der digitale Binnenmarkt wird durch einheitliche Regeln vollendet.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 8: Für ein europäisches Visum

Laufende Nummer: 12

Antragsteller/in:	JEF NRW (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Einwanderung sollte nichts sein, was man voller Furcht vor Überfremdung unterbindet oder
- 2 zähneknirschend zulässt, weil man sein Rentensystem irgendwie retten will. Einwanderung
- 3 bedeutet, dass wir Menschen mit neuen Perspektiven und vielseitigen Fähigkeiten
- 4 dazugewinnen. Einwanderung überfremdet Europa nicht, sondern sorgt dafür, dass es mehr
- 5 Europäer gibt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen aufhören, Einwanderung als ein
- 6 Problem zu behandeln. Es mag zur Zeit Probleme mit der Einwanderung geben, aber das
- 7 macht
- 8 Einwanderung an sich nicht zum Problem. Wir fordern deshalb eine proaktive
- 9 Einwanderungspolitik.
- 10 Die Vielfalt der Einwanderungssysteme macht die Einwanderung nach Europa kompliziert und
- 11 umständlich. Mit der Blue Card hat die EU einen Schritt in die richtige Richtung getan und
- 12 zu nationalen Visa ein europäisches Visum hinzugefügt. Bisher hat jedoch auch dieses
- 13 nationale Ausprägungen und bleibt somit eine europäische Form für einen nationalen
- 14 Inhalt.
- 15 Wir fordern, dass die EU in ihrer Einwanderungspolitik einen Schritt weiter geht. Dabei
- 16 wollen wir nicht nationale Einwanderungssysteme abschaffen, denn diese haben aufgrund
- 17 unterschiedlicher Bedarfe und Landessprachen ihre Berechtigung. Stattdessen wollen wir
- 18 eine weitere Möglichkeit der Einwanderung schaffen.
- 19 Wir fordern folgendes System: Jedes Jahr gibt die EU an, wie viele Visa sie vergeben will.
- 20 Statt die Visa auf Antrag der Einwanderer und ihrer Arbeitgeber zu vergeben, werden die
- 21 Visa vergeben, bevor es überhaupt Kandidaten für Sie gibt. Denkbar ist, dass Unternehmen
- 22 und andere Organisationen, beispielsweise Universitäten, ein bestimmtes Kontingent an Visa
- 23 kaufen, die sie dann selbstständig vergeben. So könnte ein großes Unternehmen etwa 1.000
- 24 Visaberechtigungen oder ein Mittelständler nur fünf für ein Jahr kaufen und damit die
- 25 ausländischen Arbeitskräfte sponsern, die sie wollen. Die Einwanderer werden angemeldet,
- 26 brauchen aber nicht mehr einen langen Genehmigungsprozess zu durchlaufen. Für eventuell
- 27 notwendige Sicherheitschecks, die durch nationale Behörden durchgeführt sind, muss es ein
- 28 Zeitlimit geben. Wichtig ist dabei, dass der Sponsor nachweist, dem Einwanderer ein Gehalt
- 29 zu zahlen, damit Visa nicht an meistbietende Einwanderer verkauft werden. Dies kann von
- 30 Europol oder eu-LISA, der EU-Agentur für den Austausch von Daten innerhalb des Raums der

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 9: Für eine europäische Medienplattform

Laufende Nummer: 13

Antragsteller/in:	JEF NRW (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die zunehmende Polarisierung von Gesellschaften durch digitale Filterblasen ist eine
- 2 Herausforderung mit der sich Menschen in ganz Europa konfrontiert sehen, da diese
- 3 Filterblasen möglichst polarisierende Inhalte fördern und die individuelle Anzahl der
- 4 Informationsquellen einschränken. Bereits auf nationaler Ebene wird hierdurch der
- 5 politische Diskurs zunehmend erschwert und der Aufstieg populistischer Parteien
- 6 begünstigt. Doch auf europäischer Ebene wird so ein gemeinsamer Diskurs aufgrund
- 7 verschiedener getrennter nationaler Diskurse verhindert. Hierdurch werden Themen, welche
- 8 die EU als Ganzes betreffen, ausschließlich aus einer nationalen Perspektive diskutiert,
- 9 was die nationalen Gesellschaften Europas spaltet statt eint. Dabei wäre eine gemeinsame
- 10 europäische Öffentlichkeit eine notwendige Bedingung für die Entstehung einer europäischen

- 11 Demokratie, da nur in dieser eine kritische Reflexion des Handelns der europäischen
- 12 Institutionen möglich ist und nur hier gemeinsame europäische Themen mit allen Beteiligten
- 13 diskutiert werden können. Ein zentraler Akteur in einer solchen gemeinsamen Öffentlichkeit
- 14 könnten gesamteuropäische Medien sein, welche die Vielfalt der nationalen Perspektiven
- 15 widerspiegeln und zugleich auch einen gesamteuropäischen Blickwinkel ermöglichen.
- 16 Allerdings fehlt bisher trotz der zunehmenden Relevanz europäischer Themen ein solches
- 17 Angebot. Zwar gibt es mit Euronews bereits einen von der Kommission finanzierten privaten
- 18 europäischen Nachrichtensender, dieser erreicht jedoch nur rund fünf Millionen
- 19 Nutzer*innen pro Tag. Darüber hinaus schafft es auch der deutsch-französische
- 20 Fernsehsender Arte mit einem Marktanteil von 1 % in Deutschland und 2 % in Frankreich
- 21 nicht, ein größeres Publikum zu erreichen.
- 22 Deshalb fordern wir als Junge Europäische Föderalisten Deutschland die Schaffung einer
- 23 europäischen Medienplattform, wie sie bereits von dem ARD-Intendanten Ulrich Wilhelm
- 24 oder dem Politikberater Johannes Hillje gefordert wird. Eine solche Medienplattform wäre dabei
- 25 ähnlich wie das öffentlich-rechtliche Medienangebot „funk“ primär im Internet angesiedelt,
- 26 wobei im Hinblick auf die Medienpräferenzen älterer Personen und von Personen in einigen
- 27 europäischen Ländern auch eine Ausstrahlung der Inhalte über einen Fernsehsender möglich
- 28 ist. Hierbei kommen Algorithmen zum Einsatz, welche in Abgrenzung zu den großen
- 29 amerikanischen Medienplattformen die Personalisierung der Inhalte im Hinblick auf
- 30 bestimmte Quellen oder bestimmte politische Inhalte zu verhindern. So soll einerseits der
- 31 oben beschriebene Bildung von Filterblasen vorgebeugt werden und andererseits verhindert
- 32 werden, dass besonders polarisierende Beiträge eine besonders große Reichweite erhalten.

33 Dabei müssen die Inhalte jedoch nicht ausschließlich von den öffentlich-rechtlichen
34 Rundfunkanstalten der Mitgliedsländer stammen, sodass sich auch private Anbieter
35 beteiligen können solange gewährleistet ist, dass ein werbefreier Zugriff für alle
36 BürgerInnen der Europäischen Union gewährleistet ist. Diese Anbieter müssen zudem in
37 irgendeiner Form als medialer Anbieter lizenziert sein, da das Angebot explizit als
38 Medienplattform und nicht als soziales Netzwerk gedacht ist. Darüber hinaus ist die
39 Plattform als breites Angebot verschiedener Medien gedacht, wodurch neben Fernseh- und
40 Radiobeiträgen auch Podcasts, Zeitungsartikel und weitere kreative mediale Inhalte auf
41 dieser Plattform hochgeladen werden können. Hierbei muss gleichzeitig aber auch an die
42 wirtschaftliche Überlebensfähigkeit privater Akteure gedacht werden, weshalb diese
43 proportional zu der realisierten Reichweite ihrer Beiträge aus den finanziellen Mitteln
44 der Plattform entschädigt werden. Zudem produziert die Plattform auch eigene Inhalte,
45 welche neben den Bereichen Information und Bildung auch die Bereiche Unterhaltung und
46 Kultur abdecken, um eine hohe Reichweite der Plattform zu erreichen. Außerdem soll die
47 Gestaltung der Plattform in enger Abstimmung mit den europäischen Bürger*innen
48 geschehen,
49 damit die Plattform, im Gegensatz zu den oben genannten bisherigen Projekten von
50 möglichst
51 vielen Bevölkerungsgruppen in allen Teilen der Europäischen Union angenommen wird. Die
52 Beiträge nationaler Rundfunkanstalten werden jeweils mit Untertiteln in allen Amtssprachen
53 der EU versehen, um eine Verständlichkeit für alle europäischen BürgerInnen herzustellen.
54 Dies geschieht auch bei den eigenen Beiträgen der Plattform im audiovisuellen Bereich,
55 welche auf Englisch produziert werden. Bei sonstigen medialen Beiträgen erfolgt eine
56 Übersetzung in möglichst viele Amtssprachen der EU, wobei hier die Anzahl der Sprachen, in
57 welche ein Beitrag übersetzt wird, stets in einer Relation zu der erwarteten Reichweite
58 eines Beitrages stehen sollte.

59 Die Finanzierung der Plattform erfolgt über Beiträge der nationalen öffentlich-rechtlichen
60 Rundfunkanstalten, aus welchen sich die Legitimation des kostenfreien Zugriffs der
61 BürgerInnen des jeweiligen Landes auf die Plattform ableitet. Die Beitragshöhe orientiert
62 sich neben der Bevölkerungszahl eines Landes auch an deren wirtschaftlicher
63 Leistungsfähigkeit, um sicherzustellen, dass alle nationalen öffentlich-rechtlichen
64 Rundfunkanstalten die Beiträge stemmen können. Bei Ländern, die über keinen eigenen
65 öffentlich-rechtlichen Rundfunk verfügen, werden die Beiträge von den nationalen
66 Regierungen erbracht, wobei hiermit kein redaktioneller Einfluss einhergeht. Eine
67 Finanzierung der Plattform aus dem EU-Haushalt wird dabei ebenso abgelehnt wie eine
68 ausschließliche Finanzierung aus nationalen Steuermitteln, um die politische
69 Unabhängigkeit der Plattform zu gewährleisten.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 10: Eindämmen des Nitratimports

Laufende Nummer: 14

Antragsteller/in:	JEF Stuttgart (Kreisverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die übermäßige Zufuhr von Nährstoffen aus landwirtschaftlichen Quellen sorgt für eine
- 2 zunehmende Eutrophierung von Wäldern, Mooren, Heiden, Flüssen, Seen und Meeren, für
- 3 eine
- 4 hohe Nitratbelastung des Grundwassers und für die Versauerung von Böden. Dies hat
- 5 Auswirkungen nicht nur auf die Gesundheit von Menschen, sondern auch auf die biologische
- 6 Vielfalt. Die Folgen lassen sich hierbei insbesondere bei Eintrag von Nährstoffen in
- 7 Flüssen nicht an nationalen Grenzen aufhalten. Eingedenk der Tatsache, dass die Vergabe
- 8 von Agrarfördermitteln nach wie vor nicht nach nachhaltigen Prinzipien erfolgt und eine
- 9 gesetzliche Novellierung der Düngeverordnung, die erst auf Druck der EU-Nitratrichtlinie
- 10 überhaupt angestoßen wurde, in der BRD sehr zögerlich und nach wissenschaftlichem Stand
- 11 unzureichend umgesetzt wurde, fordern wir weitere Maßnahmen, um den Nährstoffeintrag zu
- 12 verringern. Hier liegt unser Augenmerk im Speziellen auf dem massiven Import von
- 13 Nitratquellen in Form von Sojapellets im Zuge der Massentierhaltung. Eine Verteuerung
- 14 dieser Produkte durch Zölle für den Import aus Ländern außerhalb der EU hätte zusätzlich
- 15 noch den positiven Nebeneffekt, dass eine geringere Nachfrage auch den Anbau von
- 16 Sojamonokulturen, der in Brasilien etwa auf durch Brandrodung gewonnenen Flächen

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 11: Klare Position beziehen zur Demokratiebewegung in Hongkong

Laufende Nummer: 15

Antragsteller/in:	JEF Stuttgart (Kreisverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der wirtschaftliche Aufschwung in den vergangenen Dekaden in der VR China hat der
 - 2 politischen Führung repräsentiert durch die Kommunistische Partei Chinas und ihren
 - 3 Generalsekretär Xi Jinping außenpolitisches Gewicht gebracht. Dieses wird zunehmend
 - 4 aggressiv auch in den Verhandlungen mit anderen Ländern eingebracht, wie die expansiven
 - 5 Bemühungen im Zuge des Aufbaus einer neuen Seidenstraße oder dem Vorgehen im
 - 6 Pazifikraum
 - 7 zeigen. An dem Konflikt in Hongkong offenbart sich jedoch auch, dass man sich an alte
 - 8 Verträge und Spielregeln nicht mehr gebunden fühlt. Hier darf die EU nicht weiter
 - 9 zuschauen, wie das Prinzip ein Land, zwei Systeme zusehends von der VR China untergraben
 - 10 wird. Wir fordern daher die Länder der EU auf, einheitlich und mit klarer Stimme Position
- für die Demokratiebewegung in Hongkong zu beziehen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P 12: Für einen Europäischen Rundfunk!

Laufende Nummer: 16

Antragsteller/in:	JEF Tübingen (Kreisverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.5 Programmatische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Gemessen an der Bedeutung, welche die Europäische Union im Alltag der Bürgerinnen und
2 Bürger spielt, ist die europäische Politik in der medialen Berichterstattung noch immer
3 unterrepräsentiert. Nationale Medien thematisieren europäische Politik oftmals lediglich
4 aus der nationalen Perspektive, beschränkt auf Gipfeltreffen der Staats- und
5 Regierungschefs. Die Europäische Union ist jedoch mehr als 27 nationale Regierungen,
6 welche regelmäßig zusammenkommen. Auf der anderen Seite werden Debatten und
politische
7 Auseinandersetzungen im Europäischen Parlament über Gesetzesinitiativen medial kaum
8 wahrgenommen – und falls doch, dann erst wenn entsprechende Maßnahmen bereits
9 verabschiedet worden sind. Um diesem Funktionsverlust von europäischer parlamentarischer
- 10 Demokratie entgegenzuwirken und nationale Filterblasen in der (politischen)
11 Berichterstattung zu überwinden, braucht es daher transnationale Medien, welche sachlich
12 und kritisch über aktuelle Entwicklungen in Europa berichten. **Die JEF Deutschland fordert**
13 **die Europäische Union daher auf, sich für die Einrichtung eines europäischen öffentlich-**
14 **rechtlichen Rundfunks einzusetzen, welcher föderal ausgebaut ist als transnationales**
15 **Netzwerk der nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den teilnehmenden EU-**
16 **Mitgliedstaaten.** Indem die Berichterstattung nationaler Medien um eine gesamteuropäische
17 Perspektive ergänzt wird, fördert ein Europäischer Rundfunk die Überwindung nationaler
18 Filterblasen, in denen europäische Themen medial wahrgenommen werden. Der Europäische
19 Rundfunk verfolgt damit das Ziel, eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit zu
20 generieren. Ein solcher Europäischer Rundfunk wäre zudem ein institutionelles Fundament
21 gegenüber gezielten Fake News bzw. Fehlinformationskampagnen, welche den
demokratischen
22 Diskurs in Europa erschweren. Aus diesen Gründen fordern wir:
- 23 • Die Errichtung eines Europäischen Rundfunks als föderaler Zusammenschluss zwischen
24 den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Mitgliedstaaten, welche auf
25 freiwilliger Basis an diesem Integrationsprojekt partizipieren wollen.
 - 26 • Die Nutzung der Sende- und Programminfrastrukturen nationaler Rundfunkanstalten,
27 damit journalistische Inhalte, welche von diesem Europäischen Rundfunk produziert
28 werden, im Sendeplan der nationalen Rundfunkanstalten integriert werden können. Dies
29 könnte z.B. beinhalten, in die täglichen Nachrichten der nationalen Sender im Umfang
30 von etwa 2-3 Minuten „Europäische Nachrichten“ zu integrieren.

- 31 • Den Auftrag des Europäischen Rundfunks festzulegen als eine in erster Linie
32 sachlich-kritische Berichterstattung über Themen der Europapolitik mit
33 gesamteuropäischer Relevanz.
- 34 • Zur Gewährleistung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit dieser
35 Berichterstattung einen gemeinsamen Fond zur Finanzierung des Europäischen Rundfunks
36 einzurichten, der sich wiederum über einen Teil der Mittel zur Finanzierung des
37 öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den teilnehmenden Mitgliedstaaten finanziert.
- 38 • Die Bereitstellung der Inhalte bzw. Programmbeiträge des Europäischen Rundfunks in
39 allen 24 offiziellen Amtssprachen der Europäischen Union.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag O 1: Stärkung der europapolitischen Bildungsarbeit der JEF Deutschland

Laufende Nummer: 2

Antragsteller/in:	Bundesvorstand (Bundesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.4 Organisationspolitische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die JEF Deutschland verstehen sich als bildungspolitischer Akteur, der mit non-formalen
2 Bildungsangeboten versucht, der Schieflage der politischen Bildung in Deutschland im
3 Rahmen seiner Möglichkeiten entgegen zu wirken. Viele Landesverbände bieten bereits
4 europapolitische Bildungsmaßnahmen an und sind somit im Kontext von Europe@School seit

5 Langem aktiv. Der Bundesverband möchte weiter in diesem Bereich aktiv sein und sich
6 zukünftig noch intensiver mit dem Thema europapolitische Bildung engagieren. Dazu
7 schlagen
8 wir die folgenden Maßnahmen vor:
9
10 1. Die Gesamtheit aller europapolitischen Bildungsmaßnahmen auf allen Ebenen der JEF
11 Deutschland, deren Zielgruppe Schüler*innen sind, werden unter dem Begriff
12 Europe@School zusammengefasst. Die individuelle Namensgebung der darunter fallenden
13 Projekte, wie z.B. Planspiele, Workshops, Diskussionsveranstaltungen usw. wird
14 hiervon nicht berührt.
15
16 2. Mitglieder und Gliederungen der JEF setzen sich im Rahmen von Europe@School das Ziel,
17 das Thema Europa verstärkt an Schulen zu bringen, Europa erlebbar und erfahrbar und
18 verstehbarer zu machen. Im Besonderen soll über den Zugang der non-formalen
19 Bildungsarbeit Interesse bei den Schüler*innen für europapolitische Themen geweckt
20 und komplizierte Zusammenhänge erklärt werden.
21
22 3. Der Bundesvorstand der JEF Deutschland soll Europe@School in seiner Arbeitsagenda und
23 Kommunikation zukünftig stets mit berücksichtigen. Auch die Landesverbände sollen
24 ihre Arbeit in diesem Bereich stärken.
25
26 4. Eine Maßnahme zur Stärkung von Europe@School ist ein verbesserter Austausch zwischen
27 den Landesverbänden sowie mit dem Bundesverband. Hierdurch soll das Angebot der
28 europapolitischen Bildungsarbeit der JEF weiterentwickelt, verbreitet und nachhaltig
29 gestärkt werden.
30
31 1. Der Austausch von grundlegenden Informationen zur Organisation von Projekten an und
32 mit Schulen, Konzepten, Materialien, relevanten Kontakten usw. soll durch den Auf-
33 und Ausbau einer Datenbank für die Ehrenamtlichen der JEF erfolgen, die als Plattform
34 von Seiten des Bundesverbands zur Verfügung gestellt und gemeinsam mit den
35 Landesverbänden gepflegt wird.

- 30 2. Die bereits bestehende AG Europe@School soll institutionalisiert und der mündliche
31 Austausch durch regelmäßig stattfindende Telefonkonferenzen etabliert werden. Die
32 Landesverbände sollen eine Person für die Mitarbeit in der AG Europe@School
33 benennen.
- 34 3. Daneben sollen auch persönliche Treffen zwischen den Bildungsakteuren der JEF
35 regelmäßig ermöglicht werden, z.B. durch die jährliche Organisation eines Kongresses,
36 Workshops o.ä. Der persönliche Austausch soll zunächst auf nationaler Ebene etabliert
37 und schließlich auf die Europaebene ausgeweitet werden. Dabei soll auch die von JEF
38 Europe bereitgestellte internationale Datenbank für Europe@School Berücksichtigung
39 finden.
- 40 6. Um einen nachhaltigen Erfolg im Zuge der europapolitischen Bildungsarbeit der JEF zu
41 ermöglichen, soll nach Kooperationspartnern und Mittelgebern in diesem Bereich
42 gesucht und Kooperationen angestrebt werden.
- 43 7. Der Bundesvorstand der JEF soll die Zusammenarbeit mit der AG Europabildung der
44 Europa-Union Deutschland aufrechterhalten und stets für eine personelle Vertretung
45 bei den Treffen der AG Sorge tragen. Die JEF unterstützen die Ziele auf Seiten der
46 Europa-Union Deutschland im Bereich der Europabildung, z.B. die Curricula
47 hinsichtlich europapolitischer Aspekte zu analysieren, Punkte zur Verbesserung zu
48 identifizieren und Veränderungen – z.B. durch den Austausch mit der Politik – zu
49 initiieren. Darüber hinaus soll die non-formale Bildungsarbeit von wissenschaftlicher
50 Seite her betrachtet und Vernetzungsangebote hergestellt werden.

Begründung

Status Quo der europapolitischen Bildung an deutschen Schulen

„Sowohl in Hinsicht auf die Hauptschulen als auch die Gesamtschulen, Realschulen und noch mehr die Gymnasien scheint es, dass politische Bildung nur eine eingeschränkte Relevanz besitzt“, so Andreas Kalina in seiner Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014). Mit seiner Untersuchung bestätigt Kalina die Wahrnehmung vieler Ehrenamtlicher der JEF, die bei Einsätzen an Schulen immer wieder die Beobachtung machen, dass das Vorwissen von Schüler*innen über grundlegende europapolitische Zusammenhänge sehr begrenzt ist. Eine unzureichende europapolitische Bildungsarbeit hat zur Folge, dass junge Menschen die Schule verlassen, ohne die europäischen Grundwerte, die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit EU und das Wirken ihrer Politik ausreichend zu kennen und zu verstehen. Die Bildung eines europäischen Bewusstseins und auch die kritische Auseinandersetzung mit der EU stellt somit eine große Herausforderung dar. Neben der allgemeinen geringen Relevanz, die der politischen Bildung beigemessen wird, gibt es zusätzlich große Unterschiede zwischen den einzelnen Schulformen. Dass politische Bildung in Deutschland von der Schulform abhängt, zeigt eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nicht alle Schüler*innen bekommen diese im gleichen Maß und in gleicher Qualität. Gymnasiasten nehmen größtenteils häufiger an demokratiebezogenen Projekten außerhalb des Unterrichts teil. 26 Prozent der Gymnasiasten der Klassen 9 und 10 gaben an, an politischen Planspielen

teilgenommen zu haben - bei den anderen Schulformen waren es nur 11 Prozent.

Diese Schieflage in der politischen Bildung an Schulen kann neben einer deutlich mangelnden Kenntnis über die EU noch weitaus brisantere Folgen für eine Demokratie mit sich bringen. Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen und kleinem Einkommen gehen deutlich seltener zur Wahl als Gutsituierte, die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind in den vergangenen Jahrzehnten sogar größer geworden, wie der Politikwissenschaftler Armin Schäfer von der Uni Münster berechnet hat. Die Gestaltung der politischen Bildung an Schulen könnte etwas an den Unterschieden verändern. Da aber das formale Schulsystem in den (meisten) Bundesländern anscheinend nicht ausreichend für eine nachhaltige politische Bildung sorgen kann, ist das Angebot externer Bildungsanbieter in diesem Bereich elementar.

Die aktuelle Rolle der JEF Deutschland als Bildungsakteur

Die JEF Deutschland verstehen sich als bildungspolitischer Akteur, der mit non-formalen Bildungsangeboten versucht, der Schieflage der politischen Bildung in Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegen zu wirken. Europe@School ist – wenn auch noch nicht unter diesem Begriff – schon in der Satzung der JEF Deutschland benannt worden: „Die JEF führen zur Erreichung ihrer Ziele europapolitische Jugend- und Bildungsarbeit sowie politischen Jugendaustausch durch und betätigen sich auch in sonstiger Weise jugendpflegerisch.“ (§3 (1)) In Anbetracht der oben beschriebenen mangelnden Relevanz von politischer Bildung an deutschen Schulen, müssen die JEF Deutschland den Fokus auf die europapolitische Bildungsarbeit in Zukunft noch deutlich verstärken.

Viele Landesverbände bieten bereits europapolitische Bildungsmaßnahmen an und sind somit im Kontext von Europe@School seit Langem aktiv. Die zum Teil beeindruckende Vielfalt von Maßnahmen kann allerdings gleichzeitig auch zu einer gewissen Unübersichtlichkeit führen. So ist es gelegentlich noch schwer zu benennen, was im Rahmen von Europe@School in welchem Landesverband regelmäßig angeboten wird, wer die Ansprechpersonen sind, wo man Konzepte finden und sich zu diesen austauschen kann. Auch im Generellen kann im Bereich von Europe@School ein großes Ausbaupotenzial identifiziert werden. Diesem soll u.a. durch eine aktivere Rolle des Bundesvorstands in diesem Bereich sowie einem höher frequentierten Austausch zwischen den einzelnen Landesverbänden – wie oben gefordert – Sorge getragen werden.

Deutlich wird bei der Vielfalt an Angeboten der JEF auch, dass die europapolitischen Bildungsmaßnahmen längst über die Organisation und Durchführung von Planspielen hinausgeht. Zwar bilden z.B. die Simulationen des Europäischen Parlaments eine weiterhin wichtige Rolle für die Arbeit der JEF an Schulen und mit Schüler*innen, allerdings gibt es darüber hinaus bereits ein weitaus größeres Angebot von Workshops, Diskussionsveranstaltungen oder kreativen Maßnahmen. Diese gilt es weiter zu fördern und zu stärken. Auch dieser Herausforderung soll durch die oben geforderten Punkte zukünftig verstärkt nachgekommen werden.

Antrag O 2: Spitzenkandidatenprinzip II – Strategisches Vorgehen und Rückfallpositionen

Laufende Nummer: 7

Antragsteller/in:	JEF NRW (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.4 Organisationspolitische Anträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Für die Arbeit der JEF Deutschland in der Legislaturperiode des europäischen Parlaments
- 2 2019-2024 soll die folgende strategische Positionierung gelten:
- 3 1. Die JEF Deutschland setzt sich für die Wiedereinführung und Stärkung des
- 4 Spitzenkandidatenprinzips zur Präsidentschaft der Europäischen Kommission ein.
- 5 2. Die JEF Deutschland wird, wo angemessen, Kritik an der Abweichung vom
- 6 Spitzenkandidatensystem in 2019 üben und den dadurch entstandenen Vertrauensverlust
- 7 bemängeln. In diesem Zuge wird die JEF Deutschland eine stärkere rechtliche
- 8 Verankerung des Spitzenkandidatensystems fordern.
- 9 3. Idealerweise wird ein europaweiter Wahlkreis (=“transnationale Listen“) eingerichtet,
- 10 in welchem Parteifamilien ihre(n) Spitzenkandidaten/Spitzenkandidatin durch die
- 11 Besetzung des oberen Listenplatzes institutionalisiert nominieren können. Dieser
- 12 Kandidat/diese Kandidatin ist dann auch durch alle europäischen Bürger*innen direkt
- 13 wählbar.
- 14 4. Auch wenn transnationale Listen **nicht** eingeführt werden, setzt sich die JEF
- 15 Deutschland dafür ein, dass europäische Parteien(familien) Spitzenkandidaten
- 16 nominieren, für welche zwar keine rechtliche, aber eine politische Verbindlichkeit
- 17 besteht (wie 2019 und 2014).
- 18 5. Die JEF Deutschland wird fordern, dass der EUCO nur einen Spitzenkandidaten
- 19 nominieren soll und das EP alle Kandidaten ablehnen soll, welche nicht vorher
- 20 Spitzenkandidaten waren.
- 21 6. Die JEF Deutschland wird in der Wahlkampagne die Prominenz der Spitzenkandidaten
- 22 durch Forderung an politische Akteure (Parteien) und Medien, sowie Platzierung in
- 23 eigenem Material in der Öffentlichkeit fördern.
- 24 7. Sollte eine neue Runde von Vertragsänderungen in dieser Zeit beginnen wird die JEF
- 25 Deutschland sich dafür einsetzen, dass das Spitzenkandidatensystem in den Verträgen
- 26 verankert wird (beispielsweise durch eine stärkere Betonung des europäischen
- 27 Parlamentes gegenüber dem EUCO).
- 28 8. Die JEF Deutschland wird rechtzeitig vor der Wahl 2024 eine Positionierung zur Frage
- 29 von Doppelspitzen und Parteien mit mehreren Spitzenkandidaten erarbeiten und

30 beschließen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag E 1: Stellungnahme zur brasilianischen Regenwaldpolitik im Zusammenhang mit dem EU-Mercosur Freihandels- und Assoziierungsabkommen

Laufende Nummer: 10

Antragsteller/in:	JEF Baden-Württemberg (Landesverband), JEF Bayern (Landesverband)
Status:	eingereicht
Antragsblock:	4.6 Entschließungsanträge

Der Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Am 28. Juni 2019 erreichten die vier Mitgliedsstaaten des südamerikanischen
- 2 Wirtschaftsblocks Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) und die Europäische
- 3 Union nach 20 Jahre andauernden Verhandlungen eine politische Einigung über ein
- 4 Freihandelsabkommen (FTA), das im Falle seiner Ratifizierung den Grundstein für die größte
- 5 Freihandelszone der Welt legen würde. Der Einigung über ein FTA war im Juni 2018 bereits
- 6 eine Einigung über ein Assoziierungsabkommen (AA) vorausgegangen, das Prinzipien und
- 7 Mittel einer engeren politischen Kooperation etabliert. Das ausgehandelte FTA- und AA-
- 8 Paket bedarf nun noch der Zustimmung durch die Parlamente der Mitgliedstaaten sowie
- 9 durch
- 10 das Europäische Parlament und den Europäischen Rat.
- 11 Gleichzeitig vollzieht sich in Brasilien eine besorgniserregende umweltpolitische Wende,
- 12 die den Schutz der Regenwälder den Interessen der Agrarindustrie feilgibt. So sind in
- 13 Brasilien allein im Jahr 2019 hunderte Quadratkilometer Regenwald einer populistischen
- 14 Politik zum Opfer gefallen, die kurzfristige Absatzmärkte höher schätzt als die Zukunft
- 15 unseres Planeten. Die über 70.000 Regenwaldbrände allein im Jahr 2019 waren in den meisten
- 16 Fällen das Produkt absichtsvoller Rodungen der Agrarindustrie, die von der Regierung des
- 17 Präsidenten Jair Bolsonaro großzügig geduldet werden. Mit der weitestgehenden Beseitigung
- 18 von Zöllen auf Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Soja und Rindfleisch würde das
- 19 FTA weitere Anreize für die Fortsetzung bzw. den Ausbau dieser Praxis schaffen.
- 20 Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland rufen daher alle an der Ratifizierung
- 21 beteiligten Akteure dazu auf, ihr Abstimmungsverhalten nicht nur von aus dem FTA
- 22 erwachsenden wirtschaftlichen Vorteilen, sondern – insbesondere mit Blick auf die
- 23 verheerende Situation der brasilianischen Regenwaldbestände – von dessen
- 24 umweltpolitischen
- 25 Implikationen abhängig zu machen.
- 26 Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten wäre sicherlich aus
- 27 vielerlei Gründen wünschenswert. Die im Kontext des sino-amerikanischen Handelskonflikts
- geschwächte europäische Industrie würde von den durch das Abkommen geschaffenen neuen
- Absatzmärkten profitieren – mit positiven Begleiterscheinungen für Wirtschaftswachstum und

28 davon abhängige Arbeitsplätze. Daneben könnte die EU mit der Ratifizierung des Abkommens
29 dem US-amerikanischen Protektionismus in beispielhafter Weise Paroli bieten und ihre
30 Verteidigung des regelbasierten internationalen Freihandels unter Beweis stellen.
31 Auch von ihrem Systemkonkurrenten China könnte sich die EU mit dem Abkommen absetzen:
32 So
33 stagniert bzw. sinkt derzeit das zwischen der EU und den Ländern des Mercosur
34 ausgetauschte Handelsvolumen (2015: 100 Mrd. €; 2018: 87 Mrd. €) unter anderem, deswegen,
35 weil China der EU dort Konkurrenz macht. 2017 löste China die EU sogar als wichtigsten
36 Handelspartner des Mercosur ab (chinesischer Anteil am Handel mit den Staaten des
37 Mercosur
38 2018: 24,1 %; EU: 20,1 %; USA: 14,4 %). Mit der Abschaffung von Zöllen auf 91 % der
39 europäischen Exporte in die Länder des Mercosur, insbesondere auf Industriegüter wie
40 Autos, Maschinen, Pharmazeutika oder Textilien, und der Öffnung des Mercosur-Marktes für
41 das öffentliche Beschaffungswesen, würde das FTA der EU also in Zeiten
42 weltwirtschaftlicher Unwägbarkeiten neue Wachstumspotentiale eröffnen, die Möglichkeit für
43 ein Bekenntnis zum Multilateralismus bieten und gegenüber ihrem chinesischen (System-
44)Konkurrenten erhebliche Vorteile bringen.
45 Doch zu welchem Preis?
46 Im Gegenzug zur weitestgehenden Abschaffung von Zöllen auf europäische Industriegüter
47 sieht das Abkommen die Abschaffung europäischer Zölle auf 92 % der aus den Ländern des
48 Mercosur in die EU exportierten Güter vor – und damit vornehmlich auf Agrarprodukte wie
49 Soja und Rindfleisch. Zwar sind in dem FTA für sogenannte „sensible landwirtschaftliche
50 Güter“ beschränkte Zollkontingente, quotenbezogene Zölle, Produktsegmentierung und
51 weitere
52 Schutzinstrumente angedacht, jedoch können diese nicht darüber hinwegtäuschen, dass das
53 FTA der (in den Ländern des Mercosur von multinationalen Konzernen dominierten)
54 Landwirtschaft neue Absatzmärkte in der EU eröffnen würde, die den hiesigen –
55 vergleichsweise familiären Agrarbetrieben – potentiell substantiell gefährliche Konkurrenz
56 machen würde. Dies betreffe nicht nur die hiesige landwirtschaftliche Produktionsstruktur,
57 sondern auch Fragen der Ernährungssicherheit.
58 Den aus unserer Sicht bedeutungsschwersten Posten auf der Rechnung nimmt allerdings die
59 umweltpolitische Dimension des Abkommens ein. Zwar enthält das FTA auch Kapitel zu
60 Umweltschutz und verpflichtet die Vertragsparteien zur Einhaltung des Pariser
61 Klimaschutzabkommens, doch entbehren diese Kapitel jeglicher Verbindlichkeit. Die
62 Einhaltung der festgelegten Umweltschutz-Standards ist folglich nicht einklagbar. Die von
63 der Herabsetzung bzw. dem gänzlichen Wegfall von auf agrarwirtschaftliche Produkte
64 erhobenen Zöllen ausgehenden Anreize zur weiteren Rodung der Regenwälder allerdings
65 beruhen auf tarifären und nichttarifären Regeln für den bilateralen Handel, die von der
66 jeweils anderen Vertragsseite wirksam durchgesetzt werden können. Diese stehen unserer
67 Meinung nach jedoch den Zielen des Pariser Abkommens diametral gegenüber, da sie Anreize
68 zur weiteren Regenwaldrodung schaffen. Wir sehen daher den Schutz der grünen Lunge

unserer

66 Erde durch das Abkommen gefährdet. Erschwerend hinzukommt, dass die von der
67 brasilianischen Agrarindustrie vorgenommenen Rodungen auch vor den Rechten indigener
68 Bevölkerungsgruppen nicht Halt machen.

69 Wir, als Junge Europäische Föderalisten, finden: Die wirtschaftlichen Vorteile eines FTA
70 mit Mercosur können seine katastrophalen Auswirkungen für die Umwelt nicht ausgleichen.
71 Die EU darf sich der in Brasilien vorherrschenden Logik, die kurzfristige Absatzchancen
72 über die langfristige Gesundheit unseres Planeten stellt, nicht fügen, sondern muss sich
73 ihr mit ihrem ganzen Gewicht entgegenstemmen. Wenn die EU auf internationaler Ebene die
74 Verteidigerin nicht bloß des Freihandels, sondern auch der umweltpolitischen Weitsicht
75 sein will, so muss sie den sicherlich schwierigeren, aber auf lange Sicht einzig richtigen
76 Weg in Richtung einer internationalen Wirtschaftsordnung einschlagen, die Umwelt-,
77 Arbeits- und Menschenrechtsstandards ins Zentrum rückt. Sie muss es sich leisten können,
78 kurzfristige Absatzmärkte zugunsten des Werbens für diesen Zweck hintanzustellen.
79 Gegenüber den USA und China kann sie sich nur mit der Ablehnung des Abkommens, wie es
80 jetzt ist, als glaubwürdiger Anführer einer multilateralen, humanen und nachhaltigen
81 Wirtschaftsordnung positionieren.

82 Das EU-Mercosur FTA ist noch nicht in Kraft getreten. Dafür muss es noch vom Europäischen
83 Parlament, von den im Europäischen Rat vertretenen Regierungen sowie von den
Parlamenten

84 der EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Wir rufen daher alle an der Ratifizierung
85 Beteiligten dazu auf, das Abkommen zu stoppen. Nicht, weil wir gegen eine stärkere
86 Zusammenarbeit mit den Mercosur-Ländern wären – das AA findet unsere volle Unterstützung

–

87 sondern, weil wir der Meinung sind: FTAs müssen mit Weitblick ausgehandelt werden, nicht
88 mit Blick auf kurzfristige Wachstumspotentiale. Bloße Drohungen mit der Ablehnung des
89 ausgehandelten Abkommens werden vermutlich nicht ausreichen, um einen langfristigen
Wandel

90 in der brasilianischen Regenwaldpolitik herbeizuführen. Das Abkommen muss vielmehr einer
91 grundlegenden Überarbeitung unterzogen werden, damit darin enthaltene
92 Umweltschutzstandards nicht bloß schmückendes Beiwerk, sondern fundamentale
Voraussetzung

93 für mehr Handel sind.

Begründung

erfolgt mündlich